

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 RM. Im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Anzeigenzeile 60 Pf. ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, A. B. u. Disk.-Gef., Depofitenk., Jerusalemstr. 65/66.

Pariser Druck auf Berlin.

Luthers Verhandlungen und ihr Presseecho.

Paris, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Reichsbankpräsident Dr. Luthet, der Paris bereits am Freitagnachmittag verlassen wollte, hat seine Abreise nach Berlin vom Nachmittag auf den späten Abend verschoben.

Luther hatte am Freitagvormittag zunächst eine Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret. ...

Die Tatsache, daß der Reichsbankpräsident auch den Finanzminister aufgesucht hat, läßt darauf schließen, daß seine Vorbereitungen

bisher nicht den gewünschten Verlauf

genommen haben. Es scheint sich in französischen Bankkreisen ein gewisser Widerstand gegen die Gewährung eines neuen Kredits an die Reichsbank bemerkbar zu machen, den man nur aufgeben will.

wenn die Reichsregierung auch Garantien für eine Neuorientierung ihrer Außenpolitik gibt.

Da Luther derartige Garantien nicht geben kann, dürfte die Unterredung mit dem Finanzminister den Zweck gehabt haben, ihn unter Darlegung der ersten Finanzlage Deutschlands zu veranlassen, den Kreditantrag der Reichsbank bei der Bank von Frankreich und den privaten Großbanken zu befürworten.

In der französischen Presse hat der Schritt des Reichsbankpräsidenten eine ziemlich ungünstige Aufnahme gefunden. ...

Ein Alarmsignal.

Amtshauptmannschaft Leipzig stellt die Wohlfahrtszahlungen ein.

Leipzig, 10. Juli.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig teilt mit, daß seine laufenden Einnahmen geringer seien als die notwendigen laufenden Ausgaben für Wohlfahrtsleistungen.

Die Stadt- und Gemeinderäte der Amtshauptmannschaft Leipzig mußten angewiesen werden, Leibbeträge der laufenden Fürsorgeunterstützung einzubehalten, und zwar je eine Mark für einen Erwachsenen und 0,35 Mark für ein Kind.

Voruntersuchung gegen Lahusen.

Vom Oberstaatsanwalt eröffnet.

Bremen, 10. Juli.

Wie von der Bremer Oberstaatsanwaltschaft mitgeteilt wird, ist gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Norddeutschen Wollkammerei und Kammergasolinerei in Bremen, G. C. Lahusen, Dipl.-Ing. Dr. Heinz Lahusen und Friedrich Lahusen,

wahren. Wenn nicht alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen würden, könnte die finanzielle Wiederaufrichtung Frankreichs schnell gefährdet werden.

müsse man es endlich zu finanziellen und politischen Reformen zwingen.

ohne die man in einigen Wochen oder Monaten wieder von vorn anfangen müßte. Die französische Regierung habe die Pflicht, die Initiative zu ergreifen, die das Land schon seit langem von ihr mit Recht erwarte.

Die Havasagentur berichtet, daß sich der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, ebenso wie Reichsbankpräsident Dr. Luthet gemeinert hat, irgendwelche Auskunft über die heutigen Unterredungen zu geben.

Ein englischer Appell.

London, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Der warme Appell des „Daily Herald“ an die Reichsregierung, gewisse politische Forderungen von sich aus zu erfüllen, hat zu Erwiderungen eines Teiles der deutschen Presse geführt.

Es ist die Meinung geäußert worden, als ob unser Vorschlag eine Unterstützung der französischen Forderung nach politischen Garantien bedeutet. ...

Der deutsche Botschafter in London stattete dem englischen Außenminister am Freitag wieder einen Besuch ab. Ein positives Ergebnis im Sinne der englischen Anregung hatte die Besprechung nicht.

die Eröffnung und Führung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vergehens gegen § 313 und 314 des HGB. beantragt und antragsgemäß eröffnet worden.

Der § 314 des Handelsgesetzbuches befaßt in der Hauptsache:

Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates oder Liquidatoren werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Mark bestraft, wenn sie willkürlich

1. in ihren Darstellungen, in ihren Uebersichten über den Vermögensstand der Gesellschaft oder in den in der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr darstellen oder verfleinern;

2. es kann zugleich auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt ausschließlich die Geldstrafe ein.

Der § 313 droht die gleichen Geldstrafen an für Gründer oder Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates, die bei der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister oder bei der Auktündigung von Aktien oder Erhöhung des Grundkapitals wissentlich falsche Angaben machen.

Stettiner „Volkswacht“ verboten. Der Oberpräsident der Provinz Pommern hat die kommunistische „Volkswacht“ in Stettin bis zum 21. Juli einschließlich verboten.

Danzerschiffe.

Gemütswerte oder Realpolitik?

Von Wolfgang Schwarz.

Schwere Fehldispositionen, noch unbestrafter Leichtsinns und schicksalhaftes Versagen leitender Industrie- und Bankkreise haben die Gesamtorganisation des Volkes, haben den Volksstaat in die Abhängigkeit von ausländischen Mächten der Politik und der Finanz gebracht.

Wir brauchen heute nicht zu wiederholen, daß die staatliche Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs ein politisches Ziel des deutschen Volkes bleibt und ebensovienig, daß dieses Ziel in einer europäischen Gesamtlösung verwirklicht werden wird.

An sich ist es zu begrüßen, wenn wieder einmal demonstriert wird, daß der Versailler Vertrag, statt den Frieden dauernd zu sichern, immer neue Störungen des Einvernehmens hervorbringt. ...

Schon vor Monaten ist im „Vorwärts“ bei den Kämpfen um den Wehretat auf die Situation hingewiesen worden, in die Deutschland zwangsläufig kommt, wenn es auf den Versailler Vertrag starrt, statt selbst konstruktive Abrüstungspolitik zu treiben.

Das deutsche Marinebauprogramm ist entstanden, als die Seeabrüstung nach dem Scheitern der Genfer Konferenz 1927 völlig ins Stocken geriet — und wenn es Schuldige zu suchen gibt, so dort, wo in England, Frankreich, Italien und Amerika politische Unfähigkeit und rüstungsindustrielle Interessen die Abrüstung zu See für immer zu verhindern schienen.

Rund um Luthers Aktion.

Neue Devisenverluste — schärfste Kreditrestriktion — das Garantiefyndikat und die nationale Opposition.

gründet. Nachdem nun einmal die „Deutschland“ vom Stapel gelassen und damit das stärkste Ostseeschiff dicht vor der Fertigstellung ist, ist nun aber zu sagen, daß sich der marinepolitische Friede in der Ostsee grundsätzlich auch noch auf andere Art als durch den Bau weiterer Panzerschiffe erreichen läßt: nämlich dann, wenn ein Ostseeabkommen die baltischen Seemächtsverhältnisse stabilisiert. Es entsprach freilich bisher nicht der Tradition der englischen Marine, auf den Zutritt zur Ostsee formell zu verzichten. Aber wenn mit Zustimmung der ganzen englischen Nation seit 1921 erst die konservative und dann die Labourregierung auf Seeherrschaft und Zweimächtestandard verzichteten, so ist gewiß, daß die heutige englische Regierung eine Diskussion über einen Ostseevertrag nicht ablehnen wird, der ihr den Kreuzervertragstyp statt des Panzerschiffstyps einbringt. Freilich müßte ein solches Ostseeabkommen, um jegliche Aufrüstung zu vermeiden, zugleich erreichen, daß die polnische Flotte mit französischem Geld nicht aufgerüstet wird und eine Sicherung dafür erzielen, daß die Sowjetunion ihre nach dem Schwarzen Meer gelegten Großkampfschiffe nicht wieder in die Ostsee zurückbringt. Da die Sowjetregierung durch ein Schwarzmeer-Abkommen mit der Türkei im Süden die Marineverhältnisse zu stabilisieren bereit war, wird sie auch prinzipiell nichts gegen die marinepolitische Befriedung der Ostsee und gegen die Gelegenheit einzunehmen haben, praktisch ihre Liebe zur Abrüstung zu betätigen.

Was Frankreich angeht, so haben sich Kammer und Senat noch nicht auf den Bau der drei 25 000-Tonnen-Schiffe festgelegt, auch die erste Rate für das erste Schiff ist noch nicht bewilligt, vielmehr wurde nur eine kleinere Summe in den Etat zwecks Ausarbeitung von Bauplänen eingestellt. Ein wirklicher deutscher Abrüstungsvorstoß, den mitzumachen die englische Regierung sich nicht entziehen könnte, ohne ihrer eigenen Abrüstungspolitik einen tödlichen Stoß zu verfehlen, müßte dahin zielen, daß Frankreich auf den Bau seiner drei größeren Panzerschiffe Zug um Zug für die fünf kleineren deutschen verzichtet. Eine solche Initiative würde sofort einen französischen Militarismus demaskieren. Es würde sich sogleich herausstellen, ob die Angst und Sorge vor dem deutschen Marinebauprogramm ehrlich oder ob sie nur eine infame Heuchelei ist, um den eigenen Aufrüstungswillen und die Aufrechterhaltung einer Ueberlegenheit Frankreichs über das abgerüstete Deutschland zu kaschieren.

Stellen wir so in dieser Einzelfrage der Rüstungen die Lösung vom Versailler Vertrag durch eine deutsche Initiative zur Debatte, so ist allerdings ein doppeltes die Voraussetzung für ihr Gelingen: die Reichsregierung muß sich bewußt bleiben, keine bettelnde Bittstellerin um ausländische Kredite zu sein, sondern mit der deutschen Sanierung auch die anderen Staaten zur wirtschaftlichen Sanierung zu führen, und das deutsche Volk muß aufhören, in den Panzerschiffen „Gemütswerte“ zu sehen, es muß endgültig die Illusionen der Vergangenheit über Bord werfen, um die realistische Selbstbehauptungspolitik zu treiben, die vor wenigen Tagen erst Hoover und Stalin für Amerika und Rußland bewährt haben.

Der Kronzeuge Gontard. Zwischenpiel im Fall Bullerjahn.

Das Landgericht III verhandelte gestern zum drittenmal in der Sache des Kronzeugen des Reichsgerichts im Bullerjahn-Prozess, des Herrn von Gontard, gegen den jeglichen Verteidiger des kürzlich in Freiheit gesetzten Bullerjahn, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld auf Unterlassung. Rechtsanwalt Rosenfeld hatte in seinem Kampfe für die Wiederaufnahme des Verfahrens in Sachen Bullerjahn in einem offenen Brief an den Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium erklärt, Herr von Gontard habe sich der versuchten Erpressung und Urkundenfälschung schuldig gemacht. Es lag Dr. Rosenfeld daran, den Nachweis zu führen, daß sich eine Persönlichkeit nicht als unbedingt glaubwürdiger Gewährsmann betrachten dürfe.

Zwischen der letzten Verhandlung vor dem Landgericht III und der gestrigen ist aber in der Bullerjahn-Angelegenheit eine entscheidende Wendung eingetreten. Das Reichsgericht hat die Wiederaufnahme des Verfahrens für zulässig erklärt und bereits Zeugen vernommen. Angesichts dieser Tatsache regte der Vorsitzende der Zivilkammer an, ob die Unterlassungs-Klage Gontard gegen Rosenfeld nicht mit einer Erklärung des letzteren aus der Welt zu schaffen sei. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld habe ja bereits in der ersten Verhandlung erklärt, es liege ihm bloß daran, die Wiederaufnahme des Verfahrens in der Sache Bullerjahn durchzuführen, an der Persönlichkeit des Zeugen Gontard selbst liege ihm dagegen an und für sich nichts. Diese Erklärung würde er wohl auch jetzt abgeben. Die Anwälte des Herrn Gontard Dr. Wilhelm Goldner und Dr. Adolf Berg waren bereit, sich mit einer derartigen Erklärung zufrieden zu geben. Auch Rechtsanwalt Otto Landsberg erklärte sich als Rechtsbeistand des Beflagten Dr. Rosenfeld bereit, gemeinsam mit den gegnerischen Anwälten einen Text der Erklärung auszuarbeiten, der beide Parteien zufriedenstellen würde. Diese Erklärung dürfte natürlich nichts enthalten, was den Anschein erwecken könnte, als ob Rosenfeld irgend etwas von seinen Behauptungen zurücknehme. Da das Wiederaufnahmeverfahren als zulässig erklärt ist, habe er allerdings kein Interesse daran, diese Behauptung zu wiederholen. Als Dr. Rosenfeld dem Gericht die Protokolle der letzten Zeugenernehmung in der Sache Bullerjahn überreichen wollte, bat die gegnerischen Anwälte, im Augenblick davon abzusehen, da sie sonst genötigt wären, auch ihrerseits zu den Protokollen Stellung zu nehmen.

Das Gericht vertagte darauf die Verhandlung bis zum November d. J., um den Parteien Zeit zu geben, sich wegen einer Erklärung zu verständigen. Sollte eine Verständigung nicht stattfinden, so würde das Gericht unter Heranziehung der Bullerjahn-Äkten in eine eingehende Erörterung der Angelegenheit eintreten.

Volkspartei gegen Verfassungstag. Ein bezeichnender Antrag in Hessen.

Darmstadt, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Der Hessische Landtag verwarf am Freitag einen volksparteilichen Antrag, den 11. August als gesetzlichen Feiertag auszuheben. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der 11. August allgemein zum Nationalfeiertag erklärt wird.

Der Reichsbankpräsident Dr. Luther ist nicht sofort nach Berlin zurückgekehrt, wie es erst hieß, sondern für weitere Verhandlungen in Paris geblieben. Ein Erfolg dieser Verhandlungen ist sehr dringend zu wünschen. Die Devisenabzüge haben auch gestern fortgedauert, sie erreichten einen Betrag von fast 50 Millionen Mark, so daß von Montag bis einschließlich Freitag die Devisenverluste bereits 300 Millionen Mark betragen und jetzt der letzte Rest des 50-Millionen-Dollar-Kredits der Golddiskontbank ebenfalls verbraucht ist. Einen deutlicheren Beweis als die festgesetzten Devisenabzüge für die fortdauernde Unsicherheit im Ausland über das Schicksal der deutschen Wirtschaft kann es nicht geben.

Allerdings dürfte die Zurückhaltung der Reichsbank und der Reichsbank in der Frage des Nordwolle-Standals und sonstiger Schwierigkeiten, die offen im Ausland diskutiert werden, diese Unsicherheit in einem für Deutschland sehr gefährlichen Maße erhöht haben. Der Nordwolle-Standal greift tief in Auslands- und auch öffentliche Interessen hinein, so daß mit Geheimpolitik und Entschlußarmut die Unruhe nur vergrößert werden muß. Dazu kommt, daß man im Ausland die Notwendigkeit scharfer Maßnahmen der Reichsbank in der Richtung der inneren Wirtschaftsbereinigung aus eigener Erfahrung kennt und das Ausbleiben solcher Maßnahmen auch nicht geeignet ist, die Beunruhigung des Auslandes zu mildern. Wer alte Kredite sich erhalten und neue sich beschaffen will, muß die Beweise für die Sicherheit dieser Kredite sehr deutlich herausstellen.

Wahrscheinlich ist es auf diese Deutschland sehr ungünstige Stimmung im Ausland zurückzuführen, daß die Reichsbank jetzt die Kreditrestriktion verschärfen will, eine Maßnahme, die sich allerdings zwangsläufig aus der Devisenlage der Reichsbank ergibt. Die Wirkung von Kreditrestriktionen ist sicher gefährlich, aber es bleibt kaum eine andere Wahl. Uebereinstimmend wird auch aus dem Ausland darauf hingewiesen, besonders charakteristisch ist das für die Auffassung in den Vereinigten Staaten, daß man sich keine wirksame Hilfe für Deutschlands Wirtschaft aus neuen Krediten verspricht, wenn nicht rücksichtslos der Kapitalflucht entgegengetreten wird und die Rückführung geflüchteter Kapitalien durch Reichsbank- und Staatsmaßnahmen gefördert wird. Diese Rückkehr geflüchteter Kapitalien könnte aber sich wiederum als eine gute Seite der Kreditrestriktion erweisen.

Maßnahmen gegen die Kapitalflucht kommen natürlich den „wahrhaft nationalen“ Kreisen in Deutschland sehr unangelegen, die es lieben, das Volk per Kassa zu verheizen, Steuern aber nur auf Termin und am liebsten gar nicht zu zahlen. Diese wahrhaft nationalen Kreise sind auch bemüht, wieder den „Erbsend Frankreich“ für die fortdauernden Devisenabzüge verantwortlich zu machen mit der Begründung, daß damit die französische Finanzwelt im Auftrage der französischen Regierung Deutschland zu

politischen Zugeständnissen zwingen wolle. Das politische Vorzeilen, das diese Kreise alltäglich zerklüftet hätte wahrhaftig das nun einmal mächtigere und kapitalstarke Frankreich zu allerlei Reizen können. Aber es steht fest, und wird täglich bei jeder Rückfrage von den deutschen Banken bestätigt, daß auch jetzt noch die französischen Banken mit Kreditkündigungen im Verhältnis am allerstärksten zurückhalten und daß derartige Kündigungen wohl in London vorgenommen wurden, fast nicht aber in Berlin. Nichtsdestoweniger wollen diese nationalen Kreise von Frankreich Geld. Unbegreiflich, geschähe es nicht zu rein demagogischen Hezwecken im Inland, wie man auf diese Weise dem Reichsbankpräsidenten Knüppel zwischen die Beine und einem kommenden großen Geldgeber Steine an den Kopf werfen kann.

Auch über das von der deutschen Industrie gebildete Garantiefyndikat herrschen im Ausland dieselben ganz andere Meinungen, als sie von unserer nationalen und schwerindustriellen Presse wiedergegeben werden. Das dieses Garantiefyndikat in den Augen des Auslandes, von dem man Kredite will, von vornherein entwertet, ist die Tatsache, daß sich in den 1080 Unternehmungen zahlreiche große befinden, die selbst Sanierungsbedürftig sind, und daß man das Syndikat in die Welt setzt, ohne den ersten Willen zu einer inneren wirtschaftlichen Bereinigung erkennen zu lassen. Das hätte auch Dr. Luther, der Reichsbankpräsident, klarer sehen müssen, als es geschah. Soweit die 500-Millionen-Garantie aber noch hätte etwas nutzen können, wird diese Möglichkeit durch die Kampfsage der sogenannten nationalen Opposition gegen das herrschende System in Deutschland zerklüftet. Es wird kein Mensch im Ausland begreifen, daß sich bei den Unterzeichnern für das Garantiefyndikat diejenigen von Thyssen, Kirdorf, Krupp, Hugenberg und vieler anderer nationalisierter Wirtschaftsführer für ihre Unternehmungen befinden, während dieselben Persönlichkeiten gleichzeitig vom Ausland als mitverantwortlich für die Kampfsage von Hitler und Hugenberg gegen das jetzige politische System in Deutschland betrachtet werden müssen. Der Dilettantismus dieser Kreise grenzt an Strafwürdigkeit.

So wird es der Reichsbankpräsident auf seiner Reise nicht leicht haben, für Deutschland finanzielle Erfolge nach Hause zu bringen. Gewiß ist es wahr, daß das Schicksal Deutschlands auch jetzt noch weitgehend das Schicksal der Welt ist und daß alles Unvernünftige, was Deutschland zugemutet würde, sich auch ungünstig für die Weltwirtschaft und die Weltpolitik auswirken würde. Aber man kann leider nicht sagen, daß die deutsche Vorbereitung für die großzügigen Hilfsaktionen, die die übrige Welt Deutschland angeheißeln lassen muß, gut gewesen wäre. Um so entscheidender ist es, daß in diesen Stunden und Tagen, in denen der Reichsbankpräsident für Deutschland handeln soll, auch bei den Regierungsstellen mit kühlstem Verstande die notwendigen und vielseitig unvermeidlichen Entschlüsse gefaßt werden.

Die Nordwolle-Generalversammlung.

Auf den 7. August verschoben.

Bremen, 10. Juli.

Unabhängig von der Einberufung der ordentlichen Generalversammlung, in der das Geschäftsergebnis für 1930 vorgelegt werden wird, steht sich die Verwaltung der Norddeutschen Wollkammerei und Kammergarnspinnerei Bremen nunmehr veranlaßt, eine außerordentliche Generalversammlung auf den 7. August einzuberufen, die die Mitteilung gemäß § 240 HGB. — Verlust von mehr als der Hälfte des Aktienkapitals — als einzigen Punkt auf der Tagesordnung hat.

Diese außerordentliche Generalversammlung war ursprünglich bereits auf den kommenden Dienstag festgesetzt, aber offenbar brauchen die Verantwortlichen noch eine Atempause, um sich vor der Abrechnung mit den erregten Aktionären noch zu sammeln.

Raiffeisen-Preußen?

Ein Musterbeispiel für die deutschnationalen Ziele.

Als in der Debatte über die Auflösung des Preussischen Landtags der Deutschnationale Herr von Winterfeldt das Wort ergriff, wurde er auf der Linken mit dem Ruf: „Raiffeisen-Bank!“ empfangen. Es dürfte sich in der Tat empfehlen, in der Zeit bis zum Volksentscheid immer wieder darauf hinzuweisen, wie völlig gerade die Deutschnationalen dort verlagert haben, wo sie Leitung und Organisation in Händen gehabt haben.

Die Namen Raiffeisen-Bank, Reichslandbund A.-G., Landbank, Ostbank usw. bezeichnen ein langes Kapitel der deutschnationalen Schuldnerwirtschaft und Unfähigkeit zu praktischer Arbeit. Während die von Sozialdemokraten geführte Verbrauchergenossenschaften zu hoher wirtschaftlicher Blüte und starker innerer Festigkeit gelangt sind, ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, seitdem es sich in den Händen der deutschnationalen Demagogen befindet, durch dauernde katastrophale Zusammenbrüche heruntergewirtschaftet. An diesen Zusammenbrüchen ist nicht etwa die allgemeine Lage der Landwirtschaft schuld, sondern in jedem Einzelfall lassen sich Spekulationswut, Großmannsjucht, Faulheit und Unfähigkeit der leitenden Persönlichkeiten als alleinige Ursachen der Bankrottwirtschaft nachweisen.

Die Raiffeisen-Bank ist das größte und zugleich das Musterbeispiel deutschnationaler Unfähigkeit. Ueber den leitenden Direktor, den deutschnationalen Reichstagsvizepräsidenten Dietrich (Brenzlau) sagten seine eigenen Mitdirektoren aus, daß er zu einer geregelten Tätigkeit durch keinerlei Bitten und Vorstellungen zu bewegen gewesen war. Er wollte nur als Grandseigneur herumkommandieren, aber nichts arbeiten. Mittags um 12 Uhr erschien er in Reistiefeln, leistete, ohne hinzusehen, ein paar Unterschriften, um vor 1 Uhr wieder zu verschwinden. Kredite verteilte Herr Dietrich an bankrotte Industrieunternehmen, mit deren Leitern er persönlich befreundet war, ohne seine Mitdirektoren auch nur davon in Kenntnis zu setzen. Dann wieder unternahm er wüste Spekulationen in rumänischen und anderen balkanischen Papieren, angeblich für seine Bank, aber über sein Privatkonto bei einer anderen Bank. Auch hier zeigte sich Herr Dietrich ganz als preussischer Grande, indem er sich in einem Falle Papiere im Werte von 50 000 M. persönlich ausshändigen ließ, um sie los in der Brusttasche seines Gehrads spazieren zu tragen. Eine halbe Stunde später waren ihm diese Papiere in einem „Solon“ der Friedrichstraße „abhanden gekommen“. Herr Dietrich zog es vor, keine Verlustanzeige aufzugeben und im übrigen mit dem

Kaufpreis der verlorenen Papiere zunächst — die Raiffeisen-Bank zu belasten!

Offenbar wollen die Deutschnationalen jetzt mit einer solchen Musterverwaltung ganz Preußen beglücken. Der Dresdner Krollprozeß hat gezeigt, wie sich diese Beglückung auswirken würde.

Auch an anderen Stellen stinkt es. Friffrerte Bilanzen bei einem Mannesmann-Betrieb.

Daß es in unserer Privatwirtschaft an allen Ecken und Enden stinkt, zeigt ein neuer Fall, der sich im Rheinland ereignet hat:

Die Houbenwerke in Aachen, die dem Großindustriellen Mannesmann nahesteht, der sein Geld nicht nur an Goldmacher, sondern auch in einer sehr teuren Raffineriewirtschaft verpulvert, sehen sich gezwungen, ihre Bilanz für die Geschäftsjahre 1926 bis 1929 zu berichtigen. Also hatte man den Aktionären und der Öffentlichkeit vier Jahre lang zum mindesten Bilanzen vorgelegt, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmten. Dazu wird durch die Verwaltung ausgeführt, daß die Bewertung der Warenvorräte nicht ordnungsgemäß vorgenommen sei, daß die Warenlager überwertet und nicht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgenommen waren, daß beispielsweise Fertigfabrikate und Halbfabrikate mit ihrem Herstellungswert zuzüglich 30 Proz. über Herstellungskosten aktiviert wurden, daß man verschwiegen habe, daß Debitoren schwach geworden seien usw. Jetzt, wo die Dinge sich bei den schweren Verlusten nicht mehr verheimlichen lassen, soll das Kapital von 900 000 auf 300 000 M., also auf ein Drittel, zusammengezogen werden.

Man fragt sich, was der Aufsichtsrat von Houben gegen diese Luderwirtschaft unternommen hat. Die Verwaltung gibt heute die klassische Antwort, der Aufsichtsrat habe schon früher immer das Bestreben gehabt, die zu optimistisch aufgestellten Bilanzen zu korrigieren.

Trotzdem wird immer noch bestritten, daß eine Verschärfung der Kontrolle unserer Aktiengesellschaften das dringende Gebot der Stunde ist. Die Reichsregierung scheint sich aber Zeit zu lassen. Sie scheint die Zusammenhänge zwischen dieser Standalwirtschaft und dem deutschen Auslandskredit noch nicht zu übersehen. Wann wird ihr endlich die Erkenntnis kommen? Und noch eine andere Frage: Will der Staatsanwalt sich um alle diese Dinge nicht endlich einmal kümmern?

Eile mit Weile beim Reichsgericht.

Endlose Ermittlungen über nationalsozialistischen Hochverrat

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hatte sich am 28. August 1930 an den Herrn Oberreichsanwalt gewandt und demselben Material überreicht, aus dem das hochverräterische Treiben der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hervorging.

Im Januar 1931 teilte der Herr Oberreichsanwalt mit, daß die seit dem 28. August 1930 geführten Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien; „sobald sich das Gesamtergebnis der Ermittlungen übersehen läßt werde ich auf die Anfrage zurückkommen.“ Auf eine neuerliche Anfrage der Liga für Menschenrechte hat der Herr Oberreichsanwalt jetzt den Bescheid erteilt, daß die schwebenden Ermittlungen „auch jetzt noch nicht völlig abgeschlossen sind.“

Man darf fragen, wie lange der Herr Oberreichsanwalt, der Hüter und Schützer des Reiches, braucht, um Ermittlungen wegen Hochverrats, das schwerste Verbrechen gegen den Staat, abzuschließen. Immerhin darf festgestellt werden, daß im Hochverratsverfahren gegen Kommunisten die Oberreichsanwaltschaft schneller gearbeitet hat.

Zwei Kriminalbeamtinnen vergiften sich.

Ein ungeklärter Doppelselbstmord.

Husum, 10. Juli.

Am Strand der Insel Pellworm wurden am Donnerstagnachmittag die Leichen zweier Frauen aufgefunden. Neben den Toten lag leichtes Handgepäck, die Gesichter waren mit einem Tuch verdeckt. Der Befund ergab, daß der Tod offenbar durch ein schnell wirkendes Gift eingetreten ist. Bei den Frauen handelt es sich um zwei Kriminalbeamtinnen aus Hamburg.

Die Tat ist wahrscheinlich bereits am Sonnabend begangen worden. Die beiden Frauen waren am vergangenen Freitag mit dem Dampfer von Husum auf Pellworm eingetroffen und hatten ein Zimmer in einer Pension gemietet. Sie fielen sogleich durch ihr zurückhaltendes Benehmen auf. Am Sonnabendmorgen verließen sie die Pension, bezahlten ihr Zimmer und nahmen ihr Handgepäck mit sich. Sie wollten angeblich auf die Post gehen.

Die Beamtinnen waren in der Abteilung Sittenpolizei beschäftigt und haben Mißbilligungen im Dienst gehabt. In einem Schreiben an den Leiter der Kriminalpolizei sollen sie die Gründe,

die sie zum Selbstmord veranlaßten, eingehend dargelegt haben. Zwischen den Beamtinnen und der Leiterin der weiblichen Polizei, Frau Regierungsrat Erkens, haben seit längerer Zeit persönliche Gegenstände bestanden, die schon wiederholt zu scharfen Zusammenstößen führten. Frau F. und Frau D. sollen mehrfach um Verzeihung oder Entlassung gebeten haben, doch hat man ihre Gesuche stets abschlägig beschieden, da man die als besonders tüchtig geschätzten Beamtinnen nicht entbehren wollte.

Bei den Toten handelt es sich, wie wir weiter erfahren, um die 34jährige Inspektorin Therese Dopfer und die 33jährige Obersekretärin Maria Fischer. Sowohl die Leiterin der weiblichen Kriminalpolizei, Regierungsrätin Erkens, wie auch die beiden unter ihr beschäftigten Beamtinnen waren früher in Frankfurt am Main tätig. Sie sind von dort nach Hamburg gekommen und haben hier an dem Aufbau der weiblichen Kriminalpolizei mitgeholfen. Regierungsdirektor Schlanbusch, der Leiter der Hamburger Kriminalpolizei, schildert die Beamtinnen als zuverlässige und erstklassige Kräfte, deren tragischen Tod er auf das tiefste bedauert.

Kammerfänger und Impresario

Um das Geld für die Auto-Kunstlertournee.

In den Heiratschwindelprozessen ist es immer so: Das Komische und Tragische vermischen sich derartig miteinander, daß man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll. Selbst der Opfer des Heiratschwindlers, wenn sie sich jetzt vor Gericht treffen, bemächtigt sich mitunter eine heitere Stimmung, die freilich sehr nach Galgenhumor aussieht. Die beiden Herren, die sich gestern wegen Betruges vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworteten, waren eine ganz besondere Nummer.

L., vor dem Kriege Seemann, dann Kellner, nach dem Kriege bald Kinobesitzer, bald wieder Kellner, entdeckte plötzlich seine Stimme, ließ sie ausbilden, sang in verschiedenen kleinen Städten und mußte zu seiner Bestürzung feststellen, daß sein Gesangslehrer nicht „der richtige“ gewesen war. Die Stimme ermüdete zu schnell, er mußte die Tournee abbrechen. Er legte sich einen anderen Lehrer an und war gerade mit der Ausbildung fertig, als ihm das gütige Schicksal einen Impresario fandte. Er hat ihn in einem Kino kennen-gelernt.

D. — das war der zukünftige Impresario des Iyrischen Baritons — hatte sich bis dahin auf anderen Gebieten betätigt. Von Hause aus Artist, hatte er später immer wieder seine Berufseigenschaft, worauf Abwege geraten, mußte Gefängnisstrafen wegen Betrügereien über sich ergehen lassen und mietete sich nun bei Herrn L. ein. Er fand, daß sein Zimmervermieter L. sich auf eine neue Tournee begeben sollte. L. war der gleichen Ansicht, glaubte es aber nicht anders als Bohnen und Schlußmus machen zu können; er müsse ein Auto haben. Beide machten einen Führerkursus durch, probierten zuerst einen Störwagen aus, dann verschiedene Fordwagen und schlossen schließlich einen Kaufvertrag auf den billigsten Ford. Die Sache hatte nur einen Haken — es fehlte das Geld. D. fand einen Ausweg. Er setzte in den „Lokal-Anzeiger“, das geeignete Blatt, wenn man Dumme sucht, Heiratsinserate, machte Frauenbekanntschaften im Kino, in der Untergrundbahn, auf der Straße und versuchte sich auf diese Weise das Geld für das Auto zu beschaffen. Als in einem Falle die Frau, die 20 Jahre älter war als er, es vorzog, statt eines Mannes Arbeit zu bekommen, bot er ihr die Stellung einer Kassiererin für die Sängertournee an. Natürlich gab sie die Kautions mit Wonne hin. Einer zweiten wurde ähnlich wie der ersten der Autokaufvertrag

gezeigt. Die dritte, ein noch ganz junges Ding, hatte es mit der Heirat ernst; sie gab zweimal Geld her, verlegte ihre Goldfächer und hatte hinterher das Nachsehen. In fast allen Fällen erzählte D. von einer Erbschaft, die er von einer Tante zu erwarten habe und zweimal zeigte er auch einen Brief von der Tante, den er in Wirklichkeit selbst an sich gesandt hatte. In seinem Notizbuch fand man die Adressen von 21 Frauen. Das waren bloß flüchtige Bekanntschaften, sagte er vor Gericht. Neben einer Adresse stand aber der Vermerk „Morgen Geld holen“. Seinen Eltern schrieb er: Nun werde ich Euch Ehre machen, ich bin Impresario bei einem Kammerfänger, die Tournee geht über die Schweiz, Italien und England nach Amerika. Aus der Tournee wurde nichts.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Angeklagten B. wegen fortgesetzten Betruges im Rückfall und schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis. Der „Sänger“ wurde wegen Beihilfe zum Betrug zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht billigte diesem eine Bewährungsfrist zu.

Abenteuer um Kokain.

Drei Mann festgenommen, der vierte entkommen.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Donnerstag in den Abendstunden in Friedenau. Die sonst so stille Wilhelmshöher Straße war der Schauplatz eines Kampfes zwischen Kriminalbeamten und Kaugeschäftlebern. Es gelang, drei Kokainhändler festzunehmen, der vierte ist trotz nachgesandter Schüsse entkommen. Sein Name ist jedoch bekannt und man dürfte seiner bald habhaft werden.

Dem Sonderdezernat war bekannt geworden, daß eine Gruppe von Händlern einem ausländischen Konsortium ein größeres Quantum reines Kokain zum Kauf angeboten hatte. Es dauerte auch nicht lange, so mußte die Polizei ganz genau, daß die Gesellschaft sich diesmal in dem sonst so stillen Friedenau treffen wollte. Alle Vorbereitungen waren raffiniert getroffen worden. Die Berliner Händler, vier Mann, trafen sich am Südwesttorso und fuhren zunächst nach dem Berstedt, in dem das Kaufgüß verborgen war. Dann lenkten sie ihren Wagen nach der Wilhelmshöher Straße. Mit den Abnehmern war vereinbart worden, daß Ware und Geld von Auto zu Auto übergeben werden sollte, um

den Verkauf nach Möglichkeit schnell und unauffällig durchführen zu können. Die Ausländer verfügten über einen viersperrigen großen Mercedeswagen. Dieses Auto fuhr dicht an das der Händler heran, ein Mann reichte das Kokain herüber, aus dem anderen Wagen wurde das Geld gereicht. In diesem Augenblick griffen die Kriminalbeamten ein. Dem Auto der Berliner Händler war es nicht mehr möglich, aus der Straße zu entkommen, der Motor wollte nicht rasch genug anspringen. So wurden drei der Insassen sofort festgenommen, der vierte geriet mit einem der Kriminalbeamten in einen Ringkampf, riß sich aber doch los und stüchtete. Er blieb auch nicht stehen, als ihm Schüsse nachgesandt wurden. Die Ausländer hatten, als sie die Polizeibeamten erkannten, schleunigst Gas gegeben und waren davongeraut. Sie sind vorläufig entkommen. Bei den verhafteten Händlern, die gleich nach dem Präsidium gebracht wurden, fand man 4 Kilogramm reines Kokain, das noch in den Originalpackungen einer süddeutschen Firma mit Siegel war. Der Besitzer des Kaufgüßes ist ein Chemiker Ernst Zell, der unangemeldet in der Yorkstraße wohnte.

Die Grunewald-Tote ermittelt.

Vom Mörder noch keine Spur.

Die Tote, die am Freitagvormittag von einem Reichswehr-offizier in der Nähe des Großen Sterns im Grunewald aufgefunden wurde, konnte im Laufe des Nachmittags von der Mordkommission als die 17 Jahre alte Gerda Kalisch festgestellt werden. Die Ermittlungen wurden durch das ausgefundene Fahrrad ermöglicht. Im Interesse der Untersuchung kann die Wohnung der Gestorbenen jedoch noch nicht angegeben werden. Das Mädchen, eine Kontoristin, die bei ihren Eltern in Charlottenburg wohnt, war am Donnerstagabend nach ihrer Bürozeit aus der elterlichen Wohnung zu einer Radtour weggefahren und nicht wieder zurückgekehrt. Die Eltern hatten sich wohl bemüht, aber bis Freitag mittag noch keine Vermisstenanzeige gemacht.

Die scheußliche Tat ist ohne Zweifel auf einer Bank verübt worden. Wahrscheinlich unter Vorspiegelung einer Zärtlichkeit hat der Täter dem Mädchen eine dünne Gardinen schnur mehrfach um den Hals geschlungen. In dem Abwehrkampf geriet eine Schlinge dem Mädchen in den Mund. Sie konnte sich aber nicht befreien, denn der Täter zog die Schlingen zu und verknüpfte sie mit einem Knoten. Die Leiche der Erdrosselten schleppte er von der Bank abwärts in das Gras. Dabei fielen dem Mädchen das Rücken vom Kopfe und die Pumps von den Füßen. Die Schuhe nahm der Täter später auf und stellte sie neben die Leiche. Ob an der Ermordeten auch ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist, steht noch nicht fest. Krawunden an den Oberhäften deuten darauf hin, daß sie sich mit aller Kraft zur Wehr gesetzt hat. Die Tat ist mit größter Brutalität ausgeführt worden. Der Strick wurde so fest angezogen, daß die in den Mund geratene Schlinge die Unterlippe an mehreren Stellen zerschneidet hat.

Dieser neue Mord in Grunewald hat natürlich in der Bevölkerung, besonders in der Frauenwelt, größte Unruhe hervorgerufen. Es geminnt bald den Anschein, als ob wochentags Mädchen und Frauen nicht mehr allein in diesem doch so volkstümlichen Wald gehen dürfen. Polizei kann gewiß nicht überall sein. Trotdem wäre es wünschenswert, wenn gelegentlich einmal eine gründliche Streife den ganzen Wald auskämte, denn ein Stadtwald, in dem die Bürger nicht mehr das Gefühl der Sicherheit haben, verfehlt seinen Zweck.

Bier Vergleute verschüttet.

Auf der Königin-Luise-Grube, Schacht Ostfeld in Hindenburg in Oberschlesien, ging am Freitagmorgen ein Pfeiler zu Bruch, wobei vier Bergleute verschüttet wurden. Der Füller Lüttig konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Die übrigen drei Bergunglückten wurden mit schweren Verletzungen nach dem Knapp-schafts lazarett gebracht.



„Wann haben Sie gelitten? Als Sie der Frau eines andern den Hof machten? Nun übrigens hat, soviel ich mich erinnere, dieser verspätete Flirt schlecht geendet! Sie verpöhen ja alles... Wer hat die Sache bei Ignarentow gleich im Zuchtschnitt verdorben, und wer anderer als ich hat auch hier einspringen müssen. Von der Auktion will ich erst gar nicht sprechen. Ich bin eben ein ganz anderer Kerl! Ich habe den Stuhl der Witwe zur Stelle geschafft. Ferner die beiden Stühle des Ingenieurs Schtukin. Ich bin in die Redaktion gegangen und zum Dichter Bjapis, bei dem auch ein Stuhl war. Sie dagegen haben nur einen einzigen Stuhl zustande gebracht, und dazu mußte Ihnen noch Ihr größter Feind, der Pope, verhelfen!“

Der große Kombinator begann die weiteren Pläne zu entwickeln. Er ging leise, mit bloßen Füßen, im Zimmer umher und belehrte den andächtig lauschenden Kissa.

Der Stuhl, der damals im Warendepot des Bahnhofes verschwunden war, bildete immer noch den dunklen Fleck auf dem hellen Hintergrund der gemeinsamen Arbeit. Die vier Stühle im Kolombus-Theater wären ohne weiteres zu erbeuten gewesen. Das Theater aber hatte die Absicht, eine Gastspieltournee zu unternehmen und auf dem Dampfer „Strjabin“, der von der Ziehungskommission der Staats-anleihe gemietet war, durch die Wolgastädte zu reisen. Heute wurde als letzte Vorstellung der Saison „Heirat“ von Bogol gegeben. Man hatte sich also zu entscheiden: entweder in Moskau zu bleiben und den in das Bahnhofsdapot geratenen Stuhl zu suchen oder aber mit dem Theaterensemble auf die Tournee zu gehen. Ostap neigte dem letzten Plan zu.

„Vielleicht sollten wir uns trennen“, sagte Ostap. „Ich könnte mit dem Theater fahren und Sie würden hierbleiben und den Stuhl im Bahnhofsdapot aufspüren.“

Kissa aber zuckte so feige mit den grauen Augenwimpern, daß Ostap nicht mehr weiter sprach.

„Von zwei Haken“, sagte er dann, „wählt man den fetteren. Fahren wir zusammen. Die Reisespesen werden aber sehr groß sein. Wir werden Geld brauchen. Ich besitze nur sechzig Rubel. Und Sie? Ach, ich habe ganz vergessen! In Ihrem Alter ist Frauenliebe kostspielig!... Ich bestimme: wir gehen heute abend zur Premiere der „Heirat“. Vergessen Sie nicht, den Frack anzuziehen. Sind die Stühle noch da und hat man sie aus Geldmangel noch nicht verkauft, so fahren wir gleich mit. Bedenken Sie, Worobjew, der letzte Akt der Komödie „Der Schatz mit der Schwiegermutter“ nähert sich dem Finale. Worobjew, der Höhepunkt ist da! Halten Sie den Atem an, mein alter Freund! Richtung gegen die Rampe! O meine Jugend! O Duft der Kulissen! Welche Erinnerungen! Die vielen Intrigen! Wie talentiert war ich doch seinerzeit in der Rolle Hamlets! — Mit einem Wort, die Sitzung dauert weiter!“

Aus ökonomischen Gründen ging man zu Fuß ins Theater. Es war noch ganz hell, die Laternen vor dem Haus leuchteten aber schon in zitronengelbem Licht. Vor den Augen aller ging der Frühling um. Der Staub jagte ihn über die Plätze hin, der warme Wind drängte ihn in die Gassen.

Man muß eilen. Die Freunde traten in das hallende Vestibül des Kolombus-Theaters. Worobjew stürzte zur Kassa und studierte die Preise der Plätze.

„Es ist aber sehr teuer“, sagte er. „Drei Rubel die sechzehnte Reihe.“

„Sie werden vielleicht schon bemerkt haben, daß mir Kleinbürger und provinzielle Dummlöpfe nicht sympathisch sind“, bemerkte Ostap. „Was hatten Sie dort zu tun? Sehen Sie denn nicht, daß das die Kassa ist?“

„Wohin hätte ich denn sonst gehen sollen; man läßt uns doch ohne Karten nicht hinein.“

„Kissa, Sie sind dumm! In jedem gut eingerichteten Theater gibt es zwei Schalter. Zum Kassaschalter gehen nur die Verliebten und die reichen Erben. Die übrigen Bürger — und wie Sie sehen, sind sie in der Mehrzahl — wenden sich zum Administrationschalter.“

Vor dem Kassaschalter standen fünf bescheiden gekleidete Menschen. Möglicherweise waren es Verliebte oder reiche Erben. Vor dem Administrationschalter aber herrschte ein lebhaftes Treiben. Eine lange bunte Menschenreihe stand davor. Junge Leute in Anzügen von einem Schnitt, wie ihn nur der Provinzmannsch erträumt, winkten selbstfischer mit den Freikartenanweisungen der ihnen bekannten Regisseure,

Künstler, Redakteure, des Theater-schneiders, des Hauptmanns der Raponmiliz und anderer Persönlichkeiten, die irgendwie mit dem Theater in Verbindung stehen.

Ostap drängte sich mitten in die Menschenreihe hinein und schrie: „Ich habe mit dem Kassier nur ein Wort zu reden, Sie sehen ja, daß ich nicht einmal die Galoschen abgelegt habe.“ Und er drängte sich zum Schalter und sah hinein.

Der Kassierer arbeitete wie ein Biß. Helle Schweißperlen bedeckten seine Stirn. Das Telephon beunruhigte ihn jede Minute und klingelte mit der Hartnäckigkeit einer Elek-trischen, die über den Smolenski-Markt fährt.

„Ja!“ schrie er. „Ja, ja! Acht Uhr dreißig!“

Er hängte das Hörrohr mit Geklirr hin, um es gleich wieder zu packen.

„Jawohl! Kolombus-Theater! Ach, das sind Sie, Segidilia Markowna. Jawohl, selbstverständlich. Eine Loge. Und Buta kommt nicht? Warum? Eine Grippe? Was Sie nicht sagen? Also gut. Ja, ja, auf Wiedersehen, Segidilia Markowna.“

„Kolombus-Theater!! Rein! Heute gibt es keine Freikarten. Ja, was kann ich denn machen. Der Moskauer Sowjet hat es verboten!“

„Kolombus-Theater!!! Wie? Michael Origorjewitsch? Sagen Sie Michael Origorjewitsch, daß der Caplay in der dritten Reihe rechts im Kolombus-Theater Tag und Nacht auf ihn wartet.“

Neben Ostap zitterte und bebte ein Mann mit vollem Gesicht. Seine Augenbrauen hoben und senkten sich erregt. „Nicht möglich!“ sagte der Kassier. „Sie müssen selbst einsehen — der Moskauer Sowjet!“

„Ja“, murmelte der Mann, „aber die Moskauer Zweig-abteilung der Leningrader Gesellschaft der dramatischen Schriftsteller und Opernkomponisten mit der Genehmigung Pawel Feodorowitsch...“

„Ich kann nicht, kann nicht! Weiter!“

„Erlauben Sie, Jakow Menelajewitsch, man hat mir in der Moskauer Abteilung der Leningrader Gesellschaft der dramatischen Schriftsteller und Komponisten...“

„Was soll ich mit Ihnen tun? Ich werde Ihnen keine Karte geben! Was wollen Sie also, Genosse?“

Der Mann fühlte, daß der Kassier nicht mehr so fest war und murmelte wieder: „Sie müssen begreifen, Jakow Menelajewitsch, die Moskauer Abteilung der Leningrader Gesellschaft der dramatischen Schriftsteller und...“ (Fortf. folgt.)

Das 25-Pfennig-Wochenende

Im Schatten der Humboldt-Eiche / Zum „Wannsee des Nordens“.

Tegel ist seit Großvaters Zeiten eines der beliebtesten Ausflugsziele der Berliner. Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts fuhr man noch mit der „Pferdebahn“ von der Charlottenstraße nördlich der „Linden“ — am liebsten natürlich auf dem „Blumenbreit“, d. h. auf dem Verdeck — zu den lodenden Wäldern, an deren Rande Tegel liegt. Heute fährt man „elektrisch“ mit der S-Bahn, sowie mit den Straßenbahnlinien 27, 29, 41, 28 und 128. Man kann auch mit der U-Bahn bis Seestraße fahren und auf die Linien 27, 29, 28 und 128 umsteigen. Die letzten beiden Linien fahren noch über Tegel hinaus nach Tegelort bzw. Heiligensee.

Auf der Fahrt nach Tegel haben wir links die Strosanstraße und die Borsig-Werke, die durch ihr charakteristisches Eingangstor sowie durch das vor einigen Jahren errichtete Hochhaus auffallen. Rechts der Straße die breit ausladenden Gasbehälter der größten Gaswerke Berlins, die zu Anfang dieses Jahrhunderts errichtet wurden und seitdem zu den führenden Werken des europäischen Kontinents gehören.

Nördlich der Endhaltestelle in Tegel liegt in dem Dreieck zwischen Karolinenstraße und Schwarzer Weg der zum Schloss Tegel gehörende Park, in dessen Mitte von hohen Bäumen umrauscht das Erbgrabnis der Familie Humboldt ruht. Dieser herrliche Park allein, für dessen Besichtigung allerdings ein Eintrittspreis von 25 Pf. gefordert wird, lohnt schon eine Fahrt nach Tegel. Kurz vor dem bescheidenen Eingang ragt die Humboldtmühle auf, die mit modernen Maschinen arbeitet. Die Mühle von einst, das primitive Wasserrad, das noch Goethe besichtigte, ist verschwunden und mit ihr die ganze „Müllerromanik“, die einen Schubert zu den herrlichsten Melodien begeisterte und die doch innerlich nicht ganz echt war, denn zu allen Zeiten war der Müllerberuf hart und schwer. Romantisch ist den Müllerknechten die Arbeit niemals erschienen.

Bevor wir den Park betreten, führt der Weg an dem Schloßchen der Humboldts vorbei. Es wurde 1822 bis 1824 von Schinkel geschaffen, der in Berlin u. a. das Schauspielhaus, das alte Museum und die Neue Wache erbaute. In diesem einfachen aber geschmackvollen Haus hat Wilhelm von Humboldt, der als Staatsmann und hervorragender Forscher vor allem auf dem Gebiete der vergleichenden Sprachwissenschaft hervorgetreten ist, ein halbes Menschenalter gewohnt. Auch Alexander von Humboldt, der große Naturwissenschaftler und Weltreisende, dem wir unter anderem die Einrichtung der ersten magnetischen Beobachtungsstationen verdanken, die er gemeinsam mit Gauß durchführte, war hier oft zu Gast. Die Mauern dieses Hauses haben viele erleuchtete Geister jener Zeit beherbergt. Dann umfängt uns der Park. Mitten in ihm steht die uralte Eiche, die 6 Meter im Umfang mißt.

Wir gehen über die heimlichen Wege zum Ausgang zurück und wenden uns nach Norden, bis wir beim Schloßrestaurant, das gegenüber der alten Waldschänke am Beginn des Baldes liegt, links auf den Schwarzen Weg einbiegen. Nach einem Kilometer haben wir die Nordspitze des Malch-Sees, einer Bucht des Tegeler Sees, erreicht. Wir folgen dem Schwarzen Weg weiter, der nun an dem Park der Villa Borsig vorbeiführt. Dieses Besitztum nimmt leider die ganze Reihewerder genannte Halbinsel ein. Hinter dem Park aber gehen wir sofort zum Tegeler See hinab, dessen Ufer glücklicherweise nimmermehr der Allgemeinheit zugänglich sind. Dieser herrliche See, den der Berliner mit seinem gefunden Humor zuweilen als den „Wannsee des Nordens“ bezeichnet, ist etwa ein

Kilometer breit, mehr als vier Kilometer lang und bis zu 16 Meter tief. Die Wanderung am Seeufer entlang führt uns sicher nach Tegelort am Freibad Tegel vorbei, das im Angesicht der kleinen Insel Lindwerder liegt, an die sich die Schulinsel Scharfenberg anschließt. Dichter Baumwuchs läßt die Insel fast wie einen heiligen Hain erscheinen. Sie war früher im Besitz des Botanikers Dr. Carl Bolle, der sich hier seinen ausgedehnten



Die uralte Eiche im Park von Tegel.

Pflanzenstudien widmete. Auf dem anderen Ufer des Tegeler Sees ragen die Schornsteine der Borsig-Werke auf. Es ist fast erstaunlich, daß Tegel, trotzdem die Fabriken in seine nächste Nähe gerückt sind, bis heute den größten Teil seiner landschaftlichen Schönheiten bewahren konnte. Von Tegelort kann man mit der Straßenbahnlinie 28 zurückfahren oder über durch den schönen Wald über die Reichen- und Lehmsüttenberge zurückwandern. Weglänge von Tegel, Hauptstraße Ecke Schloßstraße, bis Tegelort etwa 6 Kilometer.

Man kann aber auch am Rande der Havel über Konradshöhe und Sandhausen nach Heiligensee wandern und hier mit der Straßenbahnlinie 128 die Rückfahrt antreten. Fernerhin besteht die Möglichkeit, mit dem Dampfer nach Tegel oder Spandau zu fahren und von hier mit der S-Bahn oder mit den Verkehrsmitteln der BVG. zurückzufahren.

in allgemeinverständlicher Form die Entstehungsarten und Wirkungen der elektrischen Strahlungen vorgeführt. Insbesondere sind es jene physikalischen Erscheinungen, die in der Sternwelt zu erforschen sind. Unter den vielen Experimenten wird auch in einer großen luftleeren Kugel ein künstliches Nordlicht erzeugt, das Leuchten der Kometenschweife wird erklärt usw. Durch ein aufgestelltes Spektroskop kann der Besucher selbst verschiedene Spektren beobachten, über deren Farbe und magisches Leuchten nicht nur der Fachmann, sondern auch der einfache Mensch in Entzücken gerät.

Strenge Untersuchung!

Der Gerüsteinsturz auf dem Karstadt-Neubau.

Ueber die Ursache des folgenschweren Gerüsteinsturzes auf dem Karstadt-Neubau in der Reibelstraße 29, bei dem vier Arbeiter schwer und sechs weitere Handwerker leicht verletzt wurden, ist eine strenge Untersuchung eingeleitet worden.

Das Unglück ereignet sich am 10. Juli, als knapp eine halbe Stunde vor dem Einsturz ein Beamter der Baupolizei auf dem Gelände war und eine Kontrolle vornahm. Dabei ist auch die eingestürzte Laderrampe kontrolliert worden, ohne daß sich irgendwelche Beanstandungen ergeben hätten. Man neigt bisher zu der Annahme, daß eine Stütze angebrochen war und unter der Last der ausgeschütteten Mauersteine vollends nachgab. Die Unglücksstätte ist zunächst noch von der Polizei gesperrt.

Wie wir aus dem Krankenhaus am Friedrichshain erfahren, ist im Befinden der vier schwerverletzten Arbeiter Kloos, Mahowial, Joppel und Kubal glücklicherweise keine Verschlimmerung eingetreten. Falls keine Komplikationen hinzutreten, dürften alle mit dem Leben davonkommen.

Orkan in der Swinemünder Bucht.

Swinemünde, 10. Juli.

Das schwere Sturm- und Regenwetter, das am Mittwoch und Donnerstag ununterbrochen anhielt und dessen Dauer im Augenblick noch nicht abzusehen ist, zieht die Bäder-Inseln Usedom und Wollin stark in Mitleidenschaft. Der lange Swinemünder Strand ist an diesen Sturmtagen wie ausgestorben. In der Altstadt und im Strandviertel haben die heftigen Sturmböen erheblichen Schaden angerichtet. Von der Dskee meldet das Feuerschiff „Wiergrund“ Orkan in Böen. Der Schiffsnotehr ist lahmgelagt. Sämtliche Fahrzeuge haben die nächsten Küstenorte als Nothäfen angelaufen. Der Stettiner Dampfer „Frigga“, der am Mittwoch zur ersten Fahrt nach Bornholm ausgefahren war, konnte bisher nicht zurückkehren. Auch die Regatta der Bommern-Boote sowie die Wettfahrten des deutschen Segler-Bundes wurden empfindlich gestört.

Schwimmkurje im Strandbad Wannsee. Die Verwaltung des Strandbades Wannsee hat nunmehr auch Einrichtungen zur Erteilung von Schwimmunterricht geschaffen. Näheres über Kursgebühren ist im Verwaltungsbüro des Strandbades zu erfragen.

Wer kann helfen?

Das Wert der Krüppel in höchster Not!

Es war im Herbst 1919, da gründeten einige Schwerwiegendkrüppel gemeinsam mit gefundenen Freunden in Berlin den Selbsthilf Bund der Körperbehinderten, der es sich angelegen sein ließ, Arbeitsstätten für krüppelhafte Menschen zu schaffen. Der innere Drang zur Arbeit trieb die körperlich Gebremmten dazu, Einrichtungen zu treffen, die ihnen auch bei schwerer Gelähmten oder amputierten Gliedern das Wirken ermöglichen. Verlagten die Betriebe den Dienst, so waren Zimmerfahrstühle zur Bewegung in den Arbeitsräumen da, Anlässe an elektrischen Nähmaschinen wurden so eingerichtet, daß sie durch einen Druck der Brust, des Ellenbogens oder des Knies in Tätigkeit gesetzt werden konnten. Alles war auf Produktivität und Arbeitsfreude eingestellt.

In mühevoller, kein Opfer scheuendem Streben entwickelten sich die Betriebe trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnis durch die Inflationszeit und alle sonstigen Wirtschaftskrisen zu immer größerem Umfange und beschäftigten an 150 Körpergebrechliche, die sonst in der Mehrzahl arbeitslos der Wohlfahrtspflege überantwortet gewesen wären.

Da kam die alles zerstörende Weltkrise der Jahre 1930/31, sie zog auch die Wirkungsstätte der Krüppel in ihren unheilbringenden Bereich. Auftragsmangel, gestiegene Preise, erschwerte Absatzbedingungen machten sich nach allen Richtungen bemerkbar und jetzt kämpften die Körperbehinderten einen verzweifelten Kampf um ihre Arbeitsstätten, die ihnen bisher Lebensglück und selbstverdienten Lohn gaben.

In diesem Kampf suchten sie die Unterstützung freundlicher Helfer und haben sich an die verschiedensten zuständigen Stellen, auch an die für sie in Betracht kommenden Behörden gewandt. Leider ist ihnen bisher noch von keiner Seite die so sehr notwendige Hilfe geworden, und so steht ein Werk in höchster Gefahr, das in dieser harten, zerrütteten Zeit ein Zeugnis kraftvollen Strebens trotz aller Hindernisse und Hemmungen und eine Stätte starker, fruchtbringender Verbundenheit war. An alle aber, die noch helfen und stützen können und die gewillt sind, das hier zu tun, wo die Not am schwersten drängt, wo aber auch die Aussicht auf einen dauernden und glücklichen Erfolg am meisten gegeben ist, ergeht der eindringliche und herzliche Ruf, Beistand zu leisten, damit das Werk der Krüppel nicht zugrunde geht. Die Geschäftsstelle und die Werkstätten des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten befinden sich Berlin SO. 16, Schmidstraße 8a.

Heerstraße als Autorennbahn.

Naßlose Übertreibungen eines Verteidigers.

Vor dem Verkehrsgericht in Moabit hatte sich der Autohändler G. wegen jahrelängiger Körperverletzung zu verantworten.

Er fuhr mit einem Mercedes-Kompressor, den er einem Kunden vorführte, über die Heerstraße. Dicht hinter seinem Wagen lag ein zweiter Wagen derselben Konstruktion. Beide Wagen fuhr in sehr scharfem Tempo, und ein als Zeuge vernommener Rechtsanwalt hatte den Eindruck, daß es sich um ein Wettrennen zwischen den beiden Wagen handelte. In der Nähe der Kreuzung der Heer- und Rennbahnstraße wollte die Kontoristin Erla S. die Heerstraße überschreiten. Als sie schon auf der Fahrbahn war, wurde sie von dem Kompressor des von dem Angeklagten gesteuerten Wagen, der Jizakabewegungen gemacht hatte, erfasst und durch die Luft geschleudert. Sie fiel auf die andere Seite der Fahrstraße und wurde in demselben Augenblick von einem entgegenkommenden Privatuto zum zweiten Mal überfahren. Dieser Wagen bremste sofort, konnte aber nicht verhindern, daß das junge Mädchen noch ein ganzes Stück mitgeschleift wurde. Sie erlitt dabei einen Armbruch, einen Schädelbruch und eine so schwere Verletzung am rechten Bein, daß dieses amputiert werden mußte. Das Verschulden des Angeklagten soll nun in seiner unerhörten Geschwindigkeit und dem überflüssigen Jizakabewegungen liegen. Nach der Anklage soll G. auch allein ein Verschulden treffen, denn der Fahrer des zweiten Wagens, der das Mädchen ebenfalls überfuhr, ist nicht mitangeklagt worden, während er im Zivilprozeß neben dem Angeklagten durch einseitige Verurteilung schadenersatzpflichtig gemacht worden ist. R.-A. Walter Bahn regte merkwürdigerweise eine Prüfung der prinzipiellen Frage an, ob nicht die Heerstraße eine reine Autostraße sei und er stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich an der Unfallstelle um einen ungeschützten Ortssteil handele, ähnlich wie bei der Straße am Rudowhorn, wo den Kraftwagen jede Geschwindigkeit erlaubt ist. Das Gericht teilte aber diese Auffassung nicht, sondern verurteilte den Angeklagten, weil er den Unfall durch zu schnelles Fahren verschuldet habe, zu drei Monaten Gefängnis.

Das Urteil gegen die Kinoräuber.

Fünf Jahre Zuchthaus für den Hauptangeklagten.

Wie berichtet, wurde vor dem Schöffengericht Wedding der Prozeß gegen jene Angeklagten verhandelt, die am 15. März den Kinobesitzer Thomas und dessen Ehefrau nachts in ihrem Hause Bornholmer Str. 20, als das Ehepaar mit der Tageseinnahme aus ihren fünf Kinoteatern heimkehrte, auf dem Treppentur überfallen und beraubt hatten. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten, Schlosser Bruno Schulz, der noch eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren zu verbüßen hat, wegen gemeinschaftlichen Raubes zu weiteren fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Schulz erhielt außerdem 8 Wochen Haft wegen falscher Namensführung. Der Japsier Franz Schwertfeger wurde ebenfalls als Teilnehmer an dem schweren Raubüberfall zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen Beihilfe und Hehlerei wurden die Kraftfahrzeugführer Mag Franko und Otto Böttner zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Franko wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahren aberkannt. Der Angeklagte Kloos wurde freigesprochen.

Das Preussische Geheim Staatsarchiv zu Berlin-Dahlem ist haulticher Veränderungen halber in der Woche vom 20. bis 25. Juli für die persönliche Benutzung geschlossen.

Immer weiße Zähne Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten, ges. C. Quiboda, Fr... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. u. 90 Pf., u. weiße jeden Ertrag dafür zurück.

Unter falscher Flagge.

Eine Million Geldstrafe für Gebrüder Lindemann u. Co.

Man glaubt wieder Schulschlinge zu sein und ein 10-Pfennig-Hest über die Fingigkeit Rick Carters oder die Abenteuer von Jimmy und Jack zu lesen! Da fährt eine geheimnisvolle Nacht, die den schönen Namen „Ange“ führt, durch Nacht und Nebel. Sie hat eine falsche Flagge, den Wimpel des Deutschen Motor-Yacht-Clubs, „gentlemen“ sitzen an Bord, denn man veranstaltet ja angeblich Trainingsfahrten für eine große Regatta, bei der „Ange“ den ersten Preis erringen soll.

Aber in Wirklichkeit nahm das schmutze Schiff auf hoher See Sprit an Bord. Es hatte Geheimtanks und doppelte Böden, und ein „Wirtschaftsführer“, ein leidhaftiger Kommerzienrat, war der Besitzer. Kein Privatdetektiv, wie in den berühmten Heftchen, sondern die staatliche Polizei kam hinter den Betrug, und so kamen denn die Herren Spritschwindler vor den Richter.

Die erste Instanz hat bereits gesprochen. Gestern wurde von der 4. Strafkammer des Landgerichts III das zweite Urteil verkündet. Kommerzienrat Carl Lindemann, der in erster Instanz zu hohen Gefängnis, Geld- und Wertersatzstrafen verurteilt worden war, wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Dagegen wurden seine Brüder, die an den Spritschmuggelfahrten aktiven Anteil genommen hatten, verurteilt, und zwar Otto Lindemann unter Einbeziehung einer früheren Strafe von neun Monaten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis, 277 000 Mark Geldstrafe oder 54 Tagen Gefängnis und 26 000 Mark Wertersatzstrafe, Gustav Lindemann unter Einbeziehung einer früheren Strafe zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sieben Monaten Gefängnis und ebenfalls zu 277 000 Mark Geldstrafe oder 54 Tagen Gefängnis und einer Wertersatzstrafe von 26 000 Mark. Der Ingenieur Wilhelm Bauer, der Leiter des Spritschmuggelunternehmens wurde zu einem Jahr Gefängnis, 365 000 Mark Geldstrafe oder 73 Tagen Gefängnis und 41 000 Mark Wertersatzstrafe verurteilt.

Die Verurteilungen erfolgten wegen fortgesetzten, gemeinschaftlichen Bannbruchs, bandenmäßigen Zollbruchs in Lateinheit mit fortgesetzter Hinterziehung von Monopollsteuern.

Künstliches Nordlicht und Kometenschweife.

Wenn vor etwa 200 Jahren von einem „Physikalischen Kabinett“ gesprochen wurde, so geschah das sicher nur im Flüsterston, denn eine abergläubische Scheu hing den Wundern an, die die Physik hervorbrachte. Heute, nach der Entdeckung der Kathodenstrahlen und der elektrischen Hochspannungsfelder werden ganz andere Wunder der Physik erzeugt und gezeigt. Physik soll auch keine Geheimwissenschaft mehr sein, sie strebt danach, ihre Kenntnis allgemein zu verbreitern. So hat die „Treptow-Sternwarte“ ihrem hochinteressanten Betätigungsfelde, dem Dienst zur Erforschung des Kosmos, ein „Physikalisches Kabinett“ angegliedert, das für den Publikumsbesuch täglich von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends geöffnet ist. An Hand zahlreicher Apparate werden den Besuchern

Stalins Programm vollzogen!

Russische Erlasse bestätigen die Nichterfüllung des Plans.

Die von Stalin angekündigten „neuen Wirtschaftsmethoden“ sollen zunächst im russischen Kohlenbergbau durchgeführt werden. Die Sowjetpresse veröffentlicht einen von Molotow, Stalin und dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates Ordjonikidse unterzeichneten Erlaß über „Die Aufgaben der Kohlenindustrie im Donezbecken“, der unsere Angaben über das Vergehen des Planes voll bestätigt.

In dem Artikel wird festgestellt, daß die durch aus unbefriedigende Kohlenförderung im Donezbecken sehr schwere Folgen für die ganze Sowjetwirtschaft haben könne und daß, wenn kein Umschwung zum Besseren eintritt,

Die Durchführung des Wirtschaftsplanes gefährdet sei.

Als Hauptursachen für die unbefriedigende Durchführung des Kohlenförderungsprogramms werden die ungenügende Forcierung der Mechanisierung des Donezbeckens, unzureichende Heranbildung entsprechend qualifizierter Arbeitskräfte und die schlechte Versorgung des Donezbeckens angegeben.

Gutsprechend dem neuen Stalin-Programm werden die Bundesvereinigung der Kohlenindustrie „Ilgolj“, die Bergwerksverwaltungen und die Schachtleiter angewiesen, ihr Hauptaugenmerk auf eine richtige Organisation der Arbeit zu richten. Binnen Monatsfrist sollen die Arbeiter bestimmte Schrämmaschinen, Motoren usw. zugewiesen und für deren Zustand persönlich verantwortlich gemacht werden. Für mindestens 85—90 Prozent der unter Tage beschäftigten Bergleute und für mindestens 70 Prozent der übrigen Arbeiter soll bis zum 1. September d. J. das Akkordlohnsystem eingeführt werden. Binnen zwei Monaten sollen die Löhne derart festgesetzt werden, daß sie für die qualifizierten Arbeiter bedeutende Vorteile sowie einen Anreiz zur

Hebung der Arbeitsleistung usw. bieten. Für das untere, mittlere und obere technische Personal bis hinauf zu den Schachtleitern und den Chefingenieuren der Bergwerksverwaltungen sollen Prämien für die Durchführung und Ueberschreitung der Fördervoranschläge, für Senkung der Selbstkosten, Hebung der Qualität der Kohle, Durchführung der Mechanisierung, Anwendung neuer Arbeitsmethoden usw. eingeführt werden. Mit dem sozialistischen Wettbewerb und den Stoßbrigaden ist es also hier zu Ende. Die großen Schächte sollen bis zum Ende dieses Jahres auf kaufmännische Grundlage umgestellt werden, unter gleichzeitiger

Erweiterung der Rechte der Schachtleiter, Ingenieure und Techniker.

Ferner sieht der Erlaß Maßnahmen zur besseren Versorgung der Arbeiter, Ingenieure und Techniker mit Lebensmitteln und Industriewaren vor. Das (von der „Roten Fahne“ bestritten) „Schlangestehen“ in den Speisehallen und vor den Genossenschaftsläden müsse unbedingt beseitigt werden. Der Zentrossojus (Genossenschaftszentrale) hat in den Kohlenbezirken 150 neue Genossenschaftsläden zu eröffnen. (Also war die Versorgung unzureichend.) Zur Versorgung der Kohlenindustrie mit Arbeitskräften haben die Bergwerksverwaltungen und Schächte unmittelbare Verträge mit den Kollektivwirtschaften abzuschließen. (Also wohl Zwang und Bindung an das Bergwerk.) Ferner sieht der Erlaß Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Donezbecken vor. (Also stöhnten die Arbeiter doch wohl auch deshalb.)

Die Parteiorgane, Gewerkschaften und Organisationen des kommunistischen Jugendbundes werden angewiesen, ihrerseits alles zu tun, um die Durchführung dieser Maßnahmen sicherzustellen.

besser bestehen. Die Interessengemeinschaft bezweckt den gemeinschaftlichen Einkauf ihres großen Bedarfs an Rohfilmen, Kopien usw. und damit die Erzielung größerer Mengenrabatte. Sie bezweckt ferner eine größere Ausnutzung der bestehenden Verleihorganisationen und bietet insbesondere durch die Aufstellung eines sich gegenseitig ergänzenden Produktionsprogramms eine Gewähr für die sachgemäße Verfertigung und somit gegen die Verknappung des Marktes.

Kommt die Einsicht?

Ein Großagrariar gegen hohe Agrarpreise und niedrige Löhne

Auf der diesjährigen Tagung des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft, einer vom Reichsernährungsministerium subventionierten Organisation zur Hebung der landwirtschaftlichen Maschinenteknik, fiel besonders das Referat eines pommerischen Großgrundbesizers auf.

Dieser Großagrariar, ein Herr von Zihewik-Rottow, setzte seinen Berufskollegen auseinander, daß das bestehende Verhältnis zwischen den Preisen für agrarische Produkte und den Kosten für Maschinen, Maschinenreparaturen und für Bauten nicht durch eine Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte beseitigt werden könnte, weil eine Steigerung der Lebensmittelpreise volkswirtschaftlich unerwünscht ist. Vielmehr müßte durch eine Senkung der landwirtschaftlichen Gesehungskosten die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe aufrechterhalten oder wiedergewonnen werden. Unter keinen Umständen dürften aber die Gesehungskosten durch eine Senkung der Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter herabgesetzt werden, da die ländlichen Löhne ganz allgemein unzureichend sind.

Dieses Eingeständnis, daß das Lohnniveau der Landarbeiter viel zu niedrig ist, ist bemerkenswert, zumal es aus dem Munde eines pommerischen Großagrariars kommt, die bisher nicht genug über die hohen Löhne schimpfen konnten. Es wäre nur zu begrüßen, wenn diese Auffassung nicht nur in einer in Berlin stattfindenden Sitzung von Landwirten, Maschinenfabrikanten und -händlern geäußert würde, sondern wenn Herr v. Zihewik seine durchaus richtige Meinung über die Höhe des Landarbeiterslohnes auch seinen Berufskollegen in den Landbundesversammlungen recht häufig und deutlich sagen würde.

Wie die Produktionskosten der Landwirtschaft gesenkt werden können durch die Mechanisierung der Getreide- und Hackfruchtzucht, zeigte eine sich der Sitzung anschließende Besichtigung des Gutes Echin, wo mehrere neue Geräte für die motorische Kartoffelbearbeitung und ein neues Getreidebruchverfahren vorgeführt wurden. Die gesamte Getreibernte wurde dort im Jahre 1929 mit dem Mähdreher, einer Kombination von Mäh- und Dreschmaschine, hereingebracht, während die 1930er Ernte mit dem neuen Schlagdruschsystem gewonnen wurde. Interessant ist an diesem Vergleichsversuch, daß das neue System in der Lage war, zu dem gleichen Kosten und mit der gleichen Schnelligkeit zu arbeiten wie der amerikanische Mähdreher, außerdem aber das gesamte Stroh, gebunden und in Rieten gefeilt, zu gewinnen, während beim Mähdreher bekanntlich die Hauptschwierigkeit für europäische Verhältnisse die Frage der Strohbergung ist.

Außerdem wurde auch ein Luzernefeld gezeigt, das, auf schlechtem Boden gelegen, den Beweis dafür erbringt, daß die ostdeutsche Landwirtschaft sehr wohl in der Lage ist, durch den Anbau von Luzerne die vielfach fehlenden Wiesen zu ersetzen und damit die Viehwirtschaft auf einen höheren Stand zu bringen. Im ganzen unterschied sich die Tagung mahnend von ähnlichen Veranstaltungen, auf denen lebendig über die Not der Landwirtschaft geklagt und nach Staatshilfe geschrien wird. Es ist daher zu wünschen, daß die sachlichen Arbeiten des Reichskuratoriums auch in weite Kreise der Landwirtschaft dringen.

Kampf gegen Trusts in USA.

Der amerikanische Radiotruff wird sich zu helfen wissen.

Vor mehr als einem Jahr wurde in den Vereinigten Staaten die Radio Corporation of America zu einem umfassenden Fabrikationsunternehmen ausgebaut, das einen großen Teil der amerikanischen Fabrikation von Rundfunkgeräten, ebenso aber auch den größten Teil der Grammophon- und Schallplattenherstellung der Welt, ferner eine Reihe führender Rundfunkgesellschaften der Vereinigten Staaten, Lichtspielunternehmungen usw. beherrscht. In die Kontrolle dieser Gesellschaft teilen sich hauptsächlich die beiden größten amerikanischen Elektrofirmen General Electric Company und Westinghouse.

Seit einiger Zeit schwebt gegen die Radio-Corporation ein Prozeß auf Grund der Antitrustgesetzgebung. Die insofern unsicheren Aussichten des künftigen Geschäfts haben die Partner der Gesellschaft jetzt zu der Erklärung veranlaßt, daß sie miteinander ein offenes Patentabkommen schließen wollen, das auch gegenüber den Antitrustgelehrten einwandfrei sei.

Es ist unklar, was die Konzerne durch das Patentabkommen zu erreichen hoffen. Möglicherweise wird die jetzt öffentliche Beherrschung durch die Elektrokonzerne einfach ein System der verstreuten Kontrolle, die weder kapitalmäßig noch in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum Ausdruck kommt, flach machen.

Bankzusammenbruch in der Schweiz.

Ablehnung der Staatshilfe für die Banque de Genève.

Der Großrat des Kantons Gené hat den Antrag der Kantonalregierung, die in Schwierigkeiten befindliche Banque de Genève mit Hilfe einer 15-Millionen-Anleihe der Eidgenossenschaft zu sanieren, abgelehnt. Damit ist die Bank wahrscheinlich gezwungen, den Konkurs zu eröffnen.

Benzin in Holland für 10—13 Pf. Schon seit langer Zeit sind in Holland die Benzpreise erheblich niedriger als in Deutschland; die letzten Wochen haben den Unterschied noch vergrößert. Während in Deutschland der Benzpreis nicht nur infolge der Zollerhöhung (Notverordnung), sondern auch infolge des Zustandekommens einer neuen Verkaufskonvention (Vereinbarung) der Benz-Verkaufsgesellschaften bis auf 36,5 Pf. in Berlin und 40,5 Pf. in der Provinz gesunken ist, ist er jetzt in Holland von den drei hauptsächlichsten Gesellschaften von 10 auf 8 Cents je Liter, d. h. auf etwa 13 Pf., gesenkt worden. Diejenigen Tankstellen, die von anderen Gesellschaften kontrolliert werden, verkaufen jedoch das Benzin noch niedriger, nämlich für 6 bis 6½ Cents, d. h. für 10 bis 11 Pf. je Liter.

Entlassungen im IG-Farben-Konzern. Im Zusammenhang mit der schlechten Lage auf dem Stickstoffmarkt will das Ammoniakwerk Wetzburg 150 Angestellte und 450 Arbeiter entlassen.

Kommunal финанzen und Aktienbesitz

Frage an die Reichsbank. — Unverantwortliche Hehe gegen die Preag.

Daß man die kommunale Finanznot zu Privatisierungen ausnuten will, ist eine alte Sache. Daß die Reichsbank unter der Leitung Dr. Luthers dabei mithilft, ist neu.

Wir haben in den letzten Tagen festgestellt, daß in der Reichsbank die Kennerung gefallen ist, daß diejenigen Städte, die Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks besitzen, diese verkaufen müssen, bevor ihren Kommunalfinanzen irgendwie Hilfe geleistet werden würde. Wir haben weiter festgestellt, daß Dr. Silberberg für das RWE, es weit weniger weiß, Privatisierungsabsichten zu haben. Wir können heute hinzufügen, daß auch das Präsidium des RWE, aus wohlwollenden Gründen nicht daran denkt. Von dieser am nächsten interessierten Seite können also in der Reichsbank die Wünsche nicht ausgesprochen worden sein, daß man die Städte zum Verkauf der RWE-Aktien zwingen muß. Wir sind deshalb heute zu der Frage genötigt, ob der Reichsbankpräsident Dr. Luther seinerseits ein derartiges Verlangen gestellt hat und müssen darauf eine Antwort erwarten.

Im übrigen hat in der Scharfmacherpresse eine Heftkampagne gegen die preußische Elektrizitäts-L.G. eingeleitet. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt eine Anzahl von Behauptungen irreführender und verleumderischer Art, denen die Absicht der kaufmännischen Diffamierung und Kredit-

schädigung auf der Stirne steht und die samt und sonders aus den Fingern gesogen sind. Methode und Art dieser Brunnenvergiftung sind aus früheren Anfällen bekannt, und man muß vermuten, daß das Elaborat aus der Pressestelle des großen westlichen Elektrokonzerns in Essen stammt. Man wäre fast geneigt anzunehmen, daß die unqualifizierbaren Angriffe der „DAZ“ ein Beweis dafür sind, daß die Erklärungen Silberbergs doch nicht mit den wahren Absichten des RWE übereinstimmen und daß die Hehe gegen die Preag deshalb aufgezoogen wird, weil man selbst hinter dem Busch sitzt und die Dessenlichkeit mit dem Rufe „Haltet den Dieb“ alarmieren möchte. Anders wäre das Vorgehen der „DAZ“, da Preußen wahrlich kein Interesse daran haben kann, die kommunale Position in der Elektrowirtschaft zu schwächen, wirklich nicht zu verstehen.

Es ist bedauerlich und beschämend, daß in so außerordentlich schwieriger Gesamtlage wie jetzt große Elektrokonzerne und führende „nationale“ Tageszeitungen nichts anderes zu tun wissen, als mit bezweifelten irreführenden Verleumdungen den Kredit eines Konkurrenzunternehmens herabzusetzen und damit sowohl den Kredit des preußischen Staates als auch der gesamten deutschen Wirtschaft im Inland und im Auslande erneut zu schädigen.

Gute Ernte im Reich.

Die erste Vorschätzung für die Getreideernte des Reiches läßt ein relativ gutes Ergebnis erwarten. Es werden 7,32 Millionen Tonnen Roggen erwartet, gegen 7,63 Millionen im Vorjahr, wobei die Hektarerträge für Winter- und Sommerroggen etwas erhöht sind. Der Ernterückgang erklärt sich also aus der Verringerung der Anbaufläche um 350 000 Hektar. Die gesamte Weizenernte wird auf 4,57 Millionen Tonnen geschätzt, gegen 3,79 Millionen im Vorjahr bei etwa gleichbleibenden Hektarerträgen. Hier würde dementsprechend der Mehrertrag von rund 780 000 Tonnen aus der Erweiterung der Anbaufläche um rund 365 000 Hektar erklären. Wintergerste und Sommergerste werden 3,20 Millionen Tonnen gegen 2,80 Millionen Tonnen erwartet, bei einer Hektarertragssteigerung für Sommergerste von 18 auf 19,3 Doppelzentner. Am größten ist die Erntevermehrung bei Hafer, wo 6,53 gegen 3,66 Millionen Tonnen erwartet werden; die Steigerung erklärt sich in erster Linie aus der großen Steigerung des Hektarertrages von 16,4 auf 19,5 Doppelzentner.

drei Filialen verschob sich nun in der letzten Zeit dadurch, daß der Philips-Konzern sein polnisches Unternehmen in einem solchen Umfang ausgebaut hat, daß es allein den gegenwärtigen polnischen Bedarf an Glühlampen fast decken konnte.

Jetzt haben sich diese drei Gesellschaften noch enger als bisher zusammengeschlossen und werden nicht nur kartellmäßig (Preispolitik und technische Bestimmungen) zusammenarbeiten, sondern beabsichtigen auch ihre Verkaufsgesellschaften in Polen zusammenzuliegen und den Absatz gemeinsam zu regeln, wahrscheinlich nach festen Quoten.

Es ist dies der erste Fall, daß die drei führenden Glieder des Glühlampentartells in so weitgehendem Maße ihre Interessen vereinheitlichen; die Monopolstellung des Kartells wird durch eine solche Maßnahme, der wahrscheinlich bald weitere auf anderen Märkten folgen werden, natürlich noch erheblich verfestigt.

Auch Australien im Weltnachrichtenmonopol?

In New York sind seit einigen Tagen Gerüchte verbreitet, daß die International Telephone and Telegraph Corporation sich darum bemüht, das australische Telegraphennetz zu übernehmen. Die bekannten großen finanziellen Schwierigkeiten des Australischen Bundes mögen der Regierung dieses britischen Dominions die Abgabe eines so bedeutungsvollen Nachrichtenunternehmens nahelegen. Angesichts der starken staatskapitalistischen Tendenzen, die gerade die Wirtschaftsentwicklung Australiens charakterisieren, wäre jedoch ein solcher Beschluß ein wichtiges Ereignis.

Der I.T.T.-Konzern, der bereits in der letzten Zeit infolge der erschwerenden Finanzen der Staaten große Eroberungen hat durchführen können, würde mit der Übernahme des ausgezeichnet organisierten australischen Telegraphennetzes seine Macht erheblich erweitern.

IG-Lichtspiel Syndikat und Südfilm.

Die seit Wochen schwebenden Verhandlungen zwischen dem Deutschen Lichtspiel Syndikat A.G. und der Südfilm A.G., Berlin, über die Selbstkostenreduzierung haben zu einem Abschluß geführt. Die Interessengemeinschaft, die jetzt zwischen den Firmen geschlossen wurde, bedeutet keine Fusion oder andersartige kapitalmäßige Verflechtung, sondern läßt beide Unternehmungen als selbständige Bezugsquellen von Filmen für Lichtspieltheater-

Glühlampenzonkonzentration hält an.

Beherrschung des polnischen Marktes.

Nachdem vor einigen Wochen die Osram G. m. b. H. und der Philips-Konzern, die beiden größten Glieder des internationalen Glühlampentartells, einen Interessengemeinschaftsvertrag für die Herstellung und den Vertrieb von Neon-Leuchtrohren abgeschlossen hatten, haben jetzt beide Gesellschaften ein gemeinsames Unternehmen gegründet, das den Namen Osram-Philips-Reon A. G. führt und mit einer Million Mark ausgestattet ist. In dieser Dachgesellschaft sollen die Forschungsarbeiten der beiden Konzerne auf dem Neon-Leuchtrohrenegebiet und ebenso Propaganda und Vertrieb zusammengeschlossen werden.

Eine sehr interessante Meldung kommt aus Warschau. In die Bearbeitung des polnischen Marktes teilten sich bisher hauptsächlich vier Gesellschaften: der holländische Philips-Konzern, die Osram, der ungarische Konzern Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts-Gesellschaft (Tungsram-Gruppe) sowie eine kleinere mit polnischem Kapital arbeitende Gesellschaft. Die erwähnten drei Konzerne unterhalten in Polen Fabrikationsunternehmungen. Das Kräfteverhältnis dieser

Felix Scherret: „Gespräch zu Dritt“

Buch: Tag ohne Feierabend

„Wo haben Sie die petits fours her, Marianna? Sie sind ja fabelhaft!“ Ellen wirkt begeistert hingebungsvoll mit dem Küchenbesteck. „Sie schmecken reizend“, bestätigt Marianna und lehnt den Kopf mit den rosbraunen Haarmellen zurück. „Doch jetzt ist's genug. Von wegen der schlanken Linie...“

„Aber... aber... Sie haben's wirklich nicht nötig.“ Marianna als aufmerksame Gastgeberin mit der reich belegten Platte Marianna auf den Leib. „Was darf ich Ihnen auslegen? Dies hier mit Ananas? Oder vielleicht Pistazie...?“ Ohne abzuwarten, wofür sich die Freundin entscheidet, läßt sie beide Stücke auf Mariannes Teller landen. „Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Ellen, die läßt sich nicht bitten.“

„Ne...“ laut Ellen. „Für Kuchen könnt ich mich umbringen.“ Sie sitzen in Mias Barockstubezimmer auf den hohen, geschlängelten Stühlen. Das Gemach ist der Stolz der Hausfrau. Es war ihre Idee, sich in diesem Stil zu etablieren. Man sitzt sehr stilvoll und sehr unbequem. Der Tisch ist niedlich gedeckt. Zartes Porzellan, Spitzen und die in der Schale schwimmende Oranade vereinigen sich, um den Nachmittagskaffee der drei Freundinnen so nett wie möglich zu gestalten. Man fühlt sich wohl: Gepflegte Frauen in gepflegtem Raum. Aus Gesundheitsrücksichten trinkt man Kaffee Hag.

„Wenn mein Mann kommt, können wir doch nicht offen reden. Also erzählt das Interessante jetzt gleich“, fordert Ria auf. Ria ist so sonderbar darin. Er vergöttert mich und hat es nicht gern, wenn ich mich über... intime Dinge unterhalte.“

Ellen lacht. Sie streicht über ihr glattes, blondes Haar. Der ist ja süß, dein Max! Wenn der wüßte... „Ich glaube immer, dein Mann weiß genug, liebe Ria“, pfeift Marianna, „und er schweigt nur, weil es bequemer ist.“ Sie redet von hoher Warte. Sie kann sich diesen Luxus leisten, denn sie ist die Vertraute Mias und Ellens, die sich gern in erotischer Beziehung ausprobieren. Marianna lauscht teilnahmsvoll den kleinen und großen Heimlichkeiten der beiden, um von Zeit zu Zeit sittliche Ermahnungen vom Stapel zu lassen. Sie selbst ist über jeden Zweifel erhaben, wie Ria und Ellen schon oft neidisch feststellen mußten.

„Was weiß mein Mann?“ schreit Ria. „Vielleicht hat er etwas von der Affäre mit Ewald erfahren, denkt sie ängstlich. Dabei war es gänzlich harmlos, versucht sie sich einzureden. „Woher soll er was wissen?“

„Ja! Woher!“ echot Ellen. Marianna ist aufgestanden und nimmt sich eine Zigarette vom Rauchtisch. Sie weidet sich an Mias Erregung. Es ist ein so hübscher, kleiner Triumph, die Freundin jappeln zu lassen. Bosheiten erhöhen die Lebensfreude, besonders wenn man sie ungestraft anwenden kann und vor jeder Revanche sicher ist.

„Woher...?“ wiederholt sie langsam und sagt nachlässig: „Sie selbst erzählen doch genug herum, Marianna. Sie sind ein Klappermädchen!“ Marianna weiß, daß es nicht stimmt. Ria würde sich hüten, über ihre mehr oder minder ergiebigen Flirts und Abenteuer etwas verlauten zu lassen außer in diesem internen Kreis. „Ich

kann auch also nur raten, nicht so leichtfertig mit eurem guten Ruf umzugehen!“

Unerträglich diese Erhabenheit, erdost sich Ellen und zergrübelt ihren hübschen Kopf danach, wie sie sich rächen könnte. Vergeblich. Nicht die geringste Abwechslung vom Pfad der ehrfamen Gattin ist festzustellen. Und wir haben ihr alles haargenau erzählt. Wir sind in ihrer Hand. Laut sagt sie schnippisch: „Pö, mir kann keiner was, ich bin bereits Gotteseidant glücklich geschieden!“

„Aber, Kleines, Sie wollen sich doch wieder verheiraten“, gibt Marianna würdevoll zu bedenken.

Ellen schweigt kleinlaut. „Da weiß ich nicht, ob der zukünftige Ehemann über die Sache mit dem Bariton hinwegsehen wird. Ich meine es nur gut mit euch!“

„Himmel, Marianna, pfeifen Sie uns nicht!“ fährt Ellen auf. „Sie sind halt klüger gewesen. Sie verstehen, den Mund zu halten.“

„Ich weiß nicht, was Sie wollen.“ Marianna ist schöne, flammende Entrüstung. „Ich habe meinen Mann niemals betrogen. Dazu schäme ich ihn viel zu sehr!“

Gut, daß sie nicht gesagt hat, sie liebt ihn, denkt Ria. Dieses Watrohl! Ich schäme ihn auch, aber auf zwei Zentner. Doch sie hat dieses dicke Bankgeschäft wirklich nicht hintergangen. „Ich schäme meinen Mann ebenfalls“, stellt sie zur Sicherheit laut und deutlich fest.

Ellen will die kleine Unstimmigkeit überbrücken. „Kinder, wie findet ihr die Sache mit der Bindeband? Ist doch skandalös! Ich hab' mich totamüßert.“

„Ra und ich“, stimmt Ria zu und lacht. Frau Bindeband ist die schöne Gattin eines wohlhabenden Seifenfabrikanten.

„Das wissen Sie noch nicht? Aber Marianna, Sie leben wohl auf dem Mond. Also die Bindeband hatte ein Verhältnis.“... Ria wird von Lachen überwältigt.

... mit einem hübschen, jungen Mann“, setzt Ellen fort. „Das ist doch nichts Neues.“ Marianna sieht auf ihre Armbanduhr. Ich werde nach Hause gehen, beschließt sie. Die beiden habe ich für heute genug geärgert.

„Abwarten!“ Ria hat sich gefaßt. „Es war im Seebad, und der hübsche, junge Mann leistete der Frau Bindeband Tag und Nacht Gesellschaft...“

... und es kam der Tag des Abschieds“, deklamiert Ellen weiter mit vor Begeisterung piepsender Stimme. „Die Bindeband begleitete den treuen Gefährten an die Bahn, winkte ihm ein letztes Lebewohl zu, und er war entschwinden. Als sie dann nach Hause kam...“ Ellen macht eine Kunstpause, die etwas zu lange ausfällt, so daß Ria nicht mehr an sich halten kann und quiekt:

... da waren alle Perlen und Brillanten aus dem Koffer ebenfalls verschwunden!“

Marianna ist der Erzählung mit gesteigertem Interesse gefolgt. „Wie gut...“, sagt sie gedankverloren, „... wie gut, daß ich auf Reisen niemals meinen echten Schmuck mitgenommen habe!“

Arthur Goldstein: Was heißt Wahrheit?

Die Kapitalisten können nicht mehr die Wahrheit sagen. Die müssen lügen. Dem untersten kleinen Kleinen angehangen die zum größten Industriellen... Die Arbeiter müssen auch lügen: solange es ihnen ein... Über organisiert „Damen“ für die Wahrheit sagen. Das ist der Unterschied.

Raul Schreiber in seinem Roman: „Familie Marfett“.

Hanrit Olsen läßt in der „Bildente“ den Skeptiker Kelling die Worte sprechen: „Nehmen Sie einem Durchschnittsmenschen die Lebenslüge, so nehmen Sie ihm gleichzeitig das Glück.“ So stand also damals um die Jahrhundertwende das Problem für den bürgerlichen Individualismus: Der „Durchschnittsmensch“ braucht die Lebenslüge, weil er ohne sie nicht leben kann. Lasse wir die für den Sozialisten recht belanglose Unterscheidung zwischen Durchschnittsmenschen und Elitenaturen beiseite. Nehmen wir an, daß die Gesellschaft, von der in der „Bildente“ gesprochen wird, sich in ihrer großen Mehrheit aus Durchschnittsmenschen im Sinne von Olsen zusammensetzt, so würde das bedeuten, daß die Existenz einer solchen Gesellschaft von dem Glauben an eine Serie von gesellschaftlichen „Idealen“ oder „Lebenslügen“ abhängt. Für den norwegischen Dichter sind beides identische Begriffe.

Hier wird also klar ausgesprochen, daß für die bürgerliche Zivilisation das Prinzip der Lüge fundamentale Bedeutung besitzt. Ohne „Idealen“ oder — sagen wir lieber — Illusionen stehen alle Räder still. Eine desillusionierte Welt wäre demnach eine Welt ohne — Werte. Sie erhält ihre Werte eben erst durch das Mittel der Illusion. Somit sind hier Illusionen und Werte eins und dasselbe. Die Zukunft dieser Gesellschaft ist abhängig von der Wirksamkeit ihrer Illusionen. Man kann das Leben nur bejahen, indem man das Prinzip der Wahrheit verneint. Wollte man die Wahrheit bejahen, so wäre das mit Verneinung von Leben und Gesellschaft gleichbedeutend. Mit unerbittlicher Konsequenz hat der große nordische Gesellschaftskritiker das Wesen der bürgerlichen Zivilisation enthüllt.

Über wohlgeachtet: Als Olsen daran ging, seine Lebensphilosophie in künstlerische Form zu bannen, sah die Welt doch etwas anders aus als heute. Der Kapitalismus befand sich — vulgär-ökonomisch gesprochen — im Zustand einer realen Stabilisierung. Das soll heißen, daß damals der größte Teil der Gesellschaft wirtschaftlich in Sicherheit lebte, soweit das eben im Kapitalismus überhaupt möglich ist. Im Gegensatz dazu kann man ohne Uebertreibung behaupten, daß heute der größte Teil der Gesellschaft in absoluter Unsicherheit lebt. Der wirtschaftliche Tod ist beinahe zum Lebensclement geworden.

Was folgt daraus? Nun es folgt das, was von marxistischer Seite immer behauptet wird und historisch erweisbar ist: Die Tatsache des allmählichen und in steigendem Grade vor sich gehenden **B e w u ß t w e r d e n s** von grundlegenden Veränderungen ökonomischer Natur. Auf unser Thema angewandt, heißt das, daß die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Kapitalismus in zunehmendem Maße alle Schichten der Gesellschaft nach und nach ergreift. Damit zugleich beobachten wir einen ständig wachsenden Prozeß der Desillusionierung, der zunächst am deutlichsten bei den beiden Hauptklassen der heutigen Gesellschaft zur Erscheinung gelangt: Bei Kapitalisten und Proletariats.

Aber wenn nur auch beide Seiten im wesentlichen die Wirklichkeit erkennen, wie sie ist, so versteht sich von selbst, daß die soziale Polarität eine entgegengesetzte Haltung gegenüber den soziologischen Erkenntnissen mit sich bringt. Die Kapitalisten als Personen brauchen sich über den Stand der Dinge keinen blauen Dunst vorzumachen. Als Klasse aber sind sie gezwungen, sich und vor allem den nichtbesitzenden Schichten Sand in die Augen zu streuen. Unsere Finanz- und Industriekapitäne, die für „Idealen“ gerade noch ein müßeliges Lächeln aufbringen und als „Werte“ im Grunde nur

noch Warenwerte gelten lassen, dürfen es heute weniger denn je zulassen, daß auch in den Augen der Nichtbesitzenden jene „Idealen“ entwertet werden. Was wird heute beispielsweise nicht alles über Ehe und Familie zusammengeschwätzt! Nur daß diese geheiligten Institutionen in der Epoche des Hochkapitalismus in der Auflösung begriffen sind und daß kein Moralprediger etwas dagegen hilft, darf nicht ausgesprochen werden.

Man achte aber einmal darauf, wie gerade die bürgerlich-demokratische Presse, die das Wort „Kultur“ gar nicht oft genug in den Mund nehmen kann, sich um das Problem der Religion herumdrückt und wie sie andererseits vor jedem neu ausgehenden metaphysischen Blödsinn Kotau macht! Aus wirklicher Ueberzeugung? Nun, die Frage nach der privaten Ueberzeugung interessiert uns hier sehr wenig. Wichtig ist dagegen die Tatsache, daß der Kapitalismus in der Öffentlichkeit nur noch solche Ueberzeugungen duldet, die zur Sicherung der heutigen Gesellschaft geeignet erscheinen. Er kann sich eben nicht mehr den Luxus gestatten, die „Wahrheit“ sagen zu lassen. Denn die Wahrheit über die kapitalistische Wirklichkeit ist so schrecklich, daß ihre allgemeine Kenntnis und Erkenntnis notwendig das System sprengen würde. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein ist nie so eklatant gewesen wie im Endstadium der kapitalistischen Zivilisation.

Aber die Proletarier? — wird man fragen. Sie haben doch sicherlich kein Interesse, sich blauen Dunst über die soziale Wirklichkeit vorzumachen. Allerdings nicht. Und darin unterscheiden sie sich eben von jenen Bösen „Durchschnittsmenschen“, daß sie nicht nur die Wahrheit vertagen können, sondern daß für sie als Klassenkämpfer das Prinzip der Wahrheit eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Eine andere Frage ist nur die, ob sie als Personen die Möglichkeit haben, die ganze Wahrheit auszusprechen. Man stelle sich einmal vor: Der Arbeiter Lehmann wollte nur an einem einzigen Tage seines Lebens den Versuch unternehmen, seine innersten Gedanken und Gefühle über alles, was ihn bewegt, offen und bis ins letzte preiszugeben. Man mache sich klar, daß eine solche Situation die verschiedensten Lebensphasen umfaßt: Betrieb oder Arbeitsamt, Behörden und Gericht, Freunde und Bekannte, schließlich auch die eigene Familie. Schon ein Kind begreift heutzutage, daß ein hundertprozentiges Bekenntnis der Wahrheit für den einzelnen zum Behängnis werden müßte. Eine Klassengesellschaft, wie wir sie gegenwärtig haben, verträgt nie und nimmer die absolute Wahrheit. An ihre Stelle tritt laut ungeschriebenen Befehl die Konvention. Das ist unabänderlich.

Freilich wird es immer Leute geben, die als „Märtyrer der Wahrheit“ herumlaufen und sich einbilden, daß sie damit der Menschheit einen großen Dienst erweisen. In Wirklichkeit erweisen sie nur ihrem persönlichen Geltungsbedürfnis einen Dienst. Der Sozialismus will weder Heiden noch Märtyrer. Er kann nichts anderes brauchen als Klassenkämpfer. Die Proletarier als Klasse aber „können“, wie es bei Karl Schröder heißt, die Wahrheit sagen. Mit anderen Worten: Das Aussprechen der Wahrheit in der heutigen Gesellschaft überträgt der einzelne auf die Organisation. Auch dieser bedeutsame Funktionswandel zeigt natürlich — wie alles im Kapitalismus — ein doppeltes Gesicht. Er ist einmal ein Symptom für die innere Schwäche des herrschenden Systems. Andererseits aber erhalten wir hier die Gewißheit, daß der Kampf um den Sozialismus die stufenweise Herausarbeitung der gesellschaftlichen Wahrheit in sich schließt. Uebertüchtig zu sagen, daß von einer Entwicklung zum Sozialismus erst dann die Rede sein kann, wenn der Widerspruch zwischen individuellen und gesellschaftlichen „Wahrheiten“ im Schwinden begriffen ist.

Hochöfen an der See. Im Dunkel der Nacht leuchtet der düsterröte Schein des lodernden Eisens weit über das Meer zu dem einsamen Trampfaher, der von Leuchtturm zu Leuchtturm, von Boje zu Boje sich von seinem Abgangshafen nach dem Zielhafen peilt. Die Landkarte des Weges — wech buntes Bild! Das Bild des Weges — wech Einerteil! Denn die geschwungenen Hügel Schwedens, die zackigen Klippen und Schären der finnischen Küste, die Wälder der großen Städte, die vertrauten Wälder, die das Botinische Meer eingrenzen — es glitt am Horizont vorbei, ein fahler Streif, ein dunkler Schatten, ein Nebel; so sehr einander gleichend, daß nur die verschiedenartigen Feuer der Leuchtschiffe und der Leuchttürme mittelteil, an welcher Landschaft das Schiff gerade vorbeifahren. Was schiert auch den Erzdampfer die Landschaft; was schiert den Erzdampfer der Weg! Der ist nur dazu da, überwunden zu werden, mit möglichst geringem Kohlenverbrauch und mit möglichst vielen Tonnen Eisenerz im Bauch. Die Hochöfen an der See sind Ziel und Zweck, nichts sonst. Schnell laden und schnell löschen, darauf kommt es an. So donnern denn im Ladehafen die elektrischen Erzzüge Tag und Nacht, und so laufen in den Ladehöfen die Rammulfräne Tag und Nacht, bis das letzte Schiff wieder in See gehen kann. Die Seefahrt ist ein Stadium am laufenden Bande, das die Technik konstruieren möchte, von der Grube an, wo das Erz gebrochen wird, bis zur letzten Fertigwarenfabrik, die aus dem Eisen Gebrauchsgegenstände schmiedet.

Nächstens, wenn sich im Dunkel im Hochhofenhafen das Rosteln und Schnappen der Ladebrücken und Greifer mit dem Surren der elektrischen Züge und dem Jischen und Brausen abblauer Dämpfe vermählt, scheint es, als ob sich die Ingenieure und Techniker hinter den breiten Fenstern der Zeichenstube die Industrie ohne Mensch und Tier zum Ziel gesetzt haben, als ob man in den Direktionspalästen der fernen Großstädte Organisation und Kalkulation, Geld und Kredit nach dem wahnwichtigen Plane marschieren lasse, die Herren von Stahl und Eisen unabhängig zu machen vom Menschen, von jenem Werkzeug Arbeitskraft, das den Anspruch erhebt, Mensch und gleichberechtigt zu sein. Wilde Elefanten fängt man mit gezähmten; die Hunderttausende von Tonnen Eisenerz läßt und löst man mit Eisenbrücken, Kränen und Greifern, deren Stahl und Eisen menschliche Technik aus rohem, wildem Erz gewann und zu stählernen Hausieren wandelte. Die riesigen Brücken fahren sich selbst von Laderaum zu Laderaum; die Laufstegen, die Kronhäuser an der oberen Laufbahn schurren vor und zurück; der Greifer senkt sich in den Bauch des Dampfers. Ein Duzend starker Züge Lampen und Scheinwerfer schneiden den Weg der Ladebrücke und des Greifers grell aus dem Dunkel, aber ihr Licht trifft höchstens zwei, drei Menschen. Tief unten in der Post sind ein, zwei Mann bereit, den Greifer zurechtzuwinkeln, immer auf dem Sprunge, um von der tonnen schweren Glocke bei ihrem Pendeln nicht getroffen, nicht gegen die Schiffswand gequetscht zu werden. Manchmal zeigt ein Mann auf Deck, daß nicht jedes menschliche Leben ausgestorben ist. Und oben, in der Kabine, der Kranführer an seinen Hebeln. Dazu vielleicht auf dem ganzen, hundert Meier breiten und Hunderte von Metern langen Arbeitsplatz der mechanisch abwiegenden Lören, der Halben und Kettenbahnen, der schiefen Ebenen und der Brücken und Kräne zwischen Schiff und Hochöfen ein Wächter, ein Kontrolleur. In den wuchtigen Lärmen der Ofen aber rumoren die Elemente. Und von Zeit zu Zeit künden ein feurigerer Fächer einen neuen Sieg des Eisens über das Erz. Auf seinem Hintergrunde malt sich eine geheimnisvolle Welt brodelnder Dämpfe und Nebel, schwarzer Eisenglitzer und brauner Erzberge, löter Schiffe und lebender Krane. Die wenigen Menschen gehen in der Wucht der arbeitenden Maschinen unter, wie die menschliche Stimme in dem Höllenlärm dieser nächtlichen Sinfonie.

Tag und Nacht, Nacht und Tag rast die Maschinen ohne Menschen, wenn nicht Sturm oder Nebel die Kette der Erzschiffe zerreiht und der Bier leer bleibt. Zehntausende und Hunderttausende von Tonnen werden bewältigt, umgeschmolzen, gezähmt. Die Kalkulationen der Direktion, die Berechnungen der Ingenieure stimmen; die Millionenanlagen in Stahl- und Eisenmaschinen sparen Millionen an Löhnen... Stimmen und Stimmen doch nicht. Es stadt das laufende Band auch ohne Sturm; vom Ende her läuft eine Lähmung über die so flug ausgebaute Kette. Der Wärm in den Erzhöfen wird schwächer, der eine und der andere Hochofen liegen tot, ausgeblasen. Die Kette der Erzschiffe wird dünner; in den Seitenbassins der Häfen feiern sie, die schwarzen Kolosse von 8000 bis 10 000 Tonnen. Man braucht sie nicht, und man braucht ihre Seeleute nicht; sie gehen stempeln... Und oben in Schweden wachsen die Halben, bleiben die riesigen Erzpiere leer, gähnen in den Verkaufstontoren die Angestellten und stehen in den Schuppen die Lokomotiven und Lören der Erzzüge. Langsam frißt sich der Fehler in dem Schlußposten durch; weit unten, in Holland, in Italien und anderswo die Hafnarbeiter stempeln gehen, die die Riesenbauten der mechanischen Entlade- maschinen freigelegt haben, gehen die Seeleute der Trampfaher stempeln und fangen die Erzgruben unter der Mitternachtssonne an, Feierschichten einzulegen.

Stimmt und stimmt nicht. Die himmelstürmende Rechnung der Industrie ohne Menschen hat ein Loch. Die Maschine ist da. Aber man hat vergessen, ihr den richtigen Herrn zu geben, den Herrn, der groß genug ist, sie zum Diener zu machen: das Volk. Höher werden die Halben; es füllen sich die Häfen von aufgelegten Schiffen; aus dem Tag ohne Feierabend wird ein Feierabend ohne Arbeitsloge — und Europas Völker darben angefaßt der Rammulfräne, die Reichtum für alle bedeuten sollten und könnten. Tag ohne Feierabend wird Nacht ohne Tag.

Ist Trunkenheit meßbar?

Gegenwärtig sind schwedische Ärzte dabei, Untersuchungsverfahren zu erproben, mit deren Hilfe es möglich sein wird, den Grad der Trunkenheit an Menschen festzustellen, was namentlich dann sehr wichtig ist, wenn durch die Trunkenheit von Kraftfahrern Verkehrsunfälle herbeigeführt werden. Durch die Blutprobe könnte beispielsweise der jeweilige Alkoholgehalt des Blutes bestimmt und gleichzeitig damit festgestellt werden, inwiefern die Einwirkung des Alkohols mit dem Alkoholgehalt im Blut zusammenhängt. Um zu bestimmen, wieviel Alkohol der Trunkene zu sich nahm, sind vor allem auch genaue Messungen des Körpergewichts notwendig. Ferner läßt sich auch, wie Polizeirat Kleinschmidt mitteilt, durch die Beobachtung, wie sich der Alkohol innerhalb der Gewebe im Körper verbreitet, und wie schnell er sich jeweils umwandelt, ein gutes Bild vom Grad der Trunkenheit gewinnen. Man kann also auf diese Weise ziemlich genau berechnen, wie groß der aus einem gewissen Konsum entstandene Alkoholgehalt des Körpers ist, das heißt den Grad der Trunkenheit bestimmen und hat mit Hilfe der genannten Untersuchungsmethoden bisher schon fast immer richtige Ergebnisse erzielt. Allerdings wird auch vorgeschlagen, die Strafbarkeit der Trunkenheit von einem gewissen Alkoholgehalt des Körpers abhängig zu machen.

Arbeiterverrat der KPD.

Darum lehrten kommunistische Funktionäre zur Partei zurück

Auf dem Abteilungsabend der 80. Abteilung referierte Genosse Dr. Friedländer über das Thema „Was geht vor?“. Die allgemeine Wirtschaftskrise ist durch die seit September bestehende politische Krise verstärkt worden. Es sei das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, die Angriffe der Faschisten verhindert zu haben. Die Rotverordnung habe die Partei vor eine fast unerträgliche Situation gestellt. Ist auch der Wehrheitsentscheid der Fraktion unter dem gegenwärtigen finanziellen Gefährdungsdruck verständlich gewesen und durch die Hoover-Aktion fürs erste gerechtfertigt, so muß doch der Regierung Brüning in den nächsten Wochen klar gemacht werden, daß wir uns nicht der eigenen Aktionsfähigkeit irgendwie zu begeben bereit sind. Zu dieser Aktionsfähigkeit gehören aber vor allem drei Dinge: Einigkeit, Besonnenheit, und Kampfbereitschaft.

Das Referat, das ohne Diskussion entgegengenommen wurde, wurde in seiner Wirkung noch unterstützt durch eine Erklärung des früheren kommunistischen Bezirks- und Stadtverordneten Genossen Roth, der den Weg zur Partei zurückgefunden hat. Genosse Roth hatte schon seit langem die Gelegenheit herbeigewünscht, vor den Parteigenossen darzulegen, was ihn seinerzeit zur Rückkehr bewogen habe. Es war das unverantwortliche Handeln der KPD-Zentrale, die die Arbeiterschaft in ausschließliche und blutige Kämpfe hineinandertrieb, um sie dann im Stich zu lassen. Genosse Roth zeichnete vor allem die kommunistischen Praktiken in der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf, wo die Kommunisten trotz wider Reden in ihrer absoluten Unfähigkeit zur praktischen Arbeit nicht das geringste für die leidende Arbeiterschaft herausgeholt haben. Nachdem der wilde Streik der Postkassenarbeiter zusammengebrochen war, hatte Roth versucht, mit Bittgängen zu Reich und anderen Instanzen für die Arbeitslosenmorde noch zu retten, was zu retten war und stellte sich hierbei in Gegensatz zu den Führern in der Zentrale. Die politische Linie der KPD wirkte sich zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung aus und entspringe nur dem agitatorischen Bedürfnis, wie es aus Ruchland diktiert werde. Im Interesse einer geeinten starken Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung haben darum mit Genossen Roth circa 60 Spitzenfunktionäre der KPD ihren Übertritt zur Sozialdemokratie vollzogen. Die Erklärung Roths wurde mit großem Beifall quittiert.

Glück im Unglück.

Berliner Ruderer im Stettiner Hoff dem Tode entgangen

Stettin, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Am Freitagfrüh kurz nach 8 Uhr stürzte man an Bord des aus Neuwarp fahrenden Stettiner Motorschiffes „Najade“ ein im Hoff auf der Höhe von Steinort mit den aufgeregten Wellen kämpfendes Ruderboot. Als das Schiff dem Boot näher kam, schlug dieses voll Wasser und sackte ab. Die Insassen, drei Berliner Schüler und Mitglieder des „Ruderklubs am Wannsee“, die sich auf einer Ferienfahrt befanden, fielen ins Wasser. Sie klammerten sich am treibenden Boot an. Die „Najade“ drehte sofort bei und warf den Verunglückten Rettungsleinen zu, mit deren Hilfe man alle drei dann an Bord ziehen konnte. Auch das Boot wurde geborgen. Ein großer Teil des mitgeführten Gepäcks ging aber bei dem Unfall verloren.

Bei den Rettungsarbeiten fiel auch noch der Kapitän der „Najade“ ins Wasser, doch konnte auch er den Hüfen entrisen werden. Die Geretteten wurden nach Stettin gebracht.

Das bescheidene Flämmchen.

Eine Hausfrau schreibt uns:

Die Technik wartet mit immer neuen Erfindungen auf, um es den Hausfrauen so bequem wie möglich zu machen. Zu den in letzter Zeit in Aufnahme gekommenen Einrichtungen der modernen Küche gehören auch die sogenannten Durchlauferhitzer, die das Prinzip der großen Gasbadöfen ins kleine für die Küche übertragen. Die Hausfrau zündet den Apparat an und sofort läuft das heiße, für die Abwässer gebrauchte Wasser in die Wanne. Diese Bequemlichkeit, die man natürlich als Ersatz für das unbequeme und unsaubere Kohlenfeuer auch etwas teurer bezahlt, ist durchaus erfreulich. Die Installateure sagen nun aber den Hausfrauen, daß es gar nichts ausmacht, wenn sie die Flämmchen, die das jedesmalige neue Anzünden vermeiden sollen, ruhig Tag und Nacht brennen lassen sollen; das mache im Monat nicht viel aus. Daraufhin läßt die Hausfrau das bescheidene Flämmchen Tag und Nacht brennen und wundert sich, wenn am Ende des Monats der Gasverbrauch ungewöhnlich hoch erscheint. Hier ist des Rätsels Lösung: Der Heißwasserspender einer Berliner Gasgesellschaft verbraucht auf Grund einwandfreier Kontrolle in der Zeit von 11 Uhr abends bis 1/7 Uhr morgens, also in acht Stunden 90 Liter Gas. Das macht in 24 Stunden — einem Tag 270 Liter. In einem Monat werden mithin durch das bescheidene dauernd brennende Flämmchen 8 Kubikmeter Gas mehr verbraucht. Das bedeutet nach dem Zonentarif der Gasgesellschaft einen Verlust von etwa 1,50 M., den man vermeidet, wenn man das bescheidene Flämmchen nicht Tag und Nacht brennen läßt, sondern nur dann entzündet, wenn man das Warmwasser braucht. Die Installateure aber sollten mit ihren Erklärungen etwas vorsichtiger sein.

Hiltrud Breil mit den Eltern ausgehört. Die Komödie um Hiltrud Breil hat heute im Polizeipräsidium ihr glückliches Ende gefunden. Hiltrud Breil hat dort im Beisein der Polizeirätin Wiekling ihre Eltern um Verzeihung gebeten, die ihr voll und ganz gewährt wurde. Sogar der Strafantrag gegen den Baron Hödenberg wird von den Eltern zurückgenommen. Hiltrud darf also wieder nach Hause und kommt nicht in ein Fürsorgeheim.

Moderne Mietsverträge.

Als „Hausagrarien“ bezeichnet man gemeinhin einen Hauseigentümer, der rücksichtslos nicht nur alle Rechte ausniht, die ihm die Gesetze gegenüber dem Mieter gewähren, sondern darüber hinaus auch seine wirtschaftliche Macht, die zufolge der Wohnungsnot außerordentlich gesteigert ist. Das tun aber nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Gesellschaften, die ihre Häuser nur mit städtischer Hilfe, nämlich mit Hauszinssteuer durch Vermittlung der unter städtischem Einfluß stehenden Wohnungsfürsorgegesellschaft bauen. Vor mir liegt das gedruckte Vertragsformular einer derartigen Gesellschaft, die solche Verträge bereits für ihre Wohnungen abgeschlossen hat.

Zunächst ist merkwürdig, daß sie sich von den Mietern noch Baukostenzuschüsse zahlen läßt, die nicht auf die Miete angerechnet werden, sondern für den Mieter glatt verloren sind, so daß also die Mieter das Baukapital der Gesellschaft zu einem sehr erheblichen Teil ohne jeden Gegenwert aufbringen müssen, beispielsweise mußte der Mieter einer 2 1/2-Zimmer-Wohnung, bevor er einziehen kann, 700 Mark glatt der Gesellschaft opfern.

Weiter behält sich die Gesellschaft das Recht vor, „sollte die Wohnungsfürsorgegesellschaft einen anderen Mietzins genehmigen, so ist auf Verlangen der Vermieterin der jeweils von der Wohnungsfürsorgegesellschaft für derartige Räume genehmigte Höchstzins, mindestens jedoch die hier vereinbarte Miete zu zahlen“. Also bei einer etwa genehmigten höheren Miete kann die Gesellschaft diese ohne weiteres verlangen, sollte dagegen die Wohnungsfürsorgegesellschaft nur eine geringere Miete genehmigen, so hat der Mieter davon für die Dauer des Vertrages d. h. meist für eine Reihe von Jahren, keinen Vorteil und darf Mietermäßigung nicht verlangen.

Aus dieser Bestimmung des Vertrages geht klar hervor, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft nicht ohne Einfluß auf die Bemessung der Miete ist; sie sollte sich aber dann auch darum kümmern, daß die von ihr genehmigten Mietsätze nicht in verkleideter Form

überschritten werden. Das geschieht jedoch — man möchte sagen — in geradezu schamloser Weise. So bestimmt ein Paragraph des Vertrages, daß zu den auf die Mieter umzulegenden Kosten der Zentralheizung nicht nur der Kohlenverbrauch gehört, sondern auch die Kosten für den Heizer, das heißt, ein erheblicher Teil der Aufwendungen für den Hauswart wird auf die Mieter noch neben ihrer Miete abgewälzt. Ferner liegen im allgemeinen die sog. Schönheitsreparaturen dem Hausbesitzer ob, die Mieter von Mietwohnungen können sie übernehmen und dafür einen Abzug von 4 Prozent der Friedensmiete von der zu zahlenden Miete machen. Die Gesellschaft legt aber diese Reparaturen durch „unanfechtbaren“ Vertrag dem Mieter ohne jede Entschädigung auf, und damit nicht genug, der Mieter muß auch noch die Kosten aller sonst notwendig werdenden Reparaturen tragen, die im allgemeinen dem Vermieter obliegen, z. B. die Beseitigung von Rohrbrüchen bei der Wasserleitung; ausdrücklich wird dazu noch bestimmt, „Fenster-scheiben müssen auch dann vom Mieter auf seine Kosten erneuert werden, wenn sie durch höhere Gewalt zerbrochen werden“, das heißt nichts anderes, als daß der Mieter die Kosten der Glasversicherung des Hauses tragen muß. Es fehlt mir noch, daß auch die Kosten der Feuerversicherung dem Mieter auferlegt werden, wie es in dem Vertrage einer anderen derartigen Gesellschaft, der mir augenblicklich nicht vorliegt, geschehen sein soll; denn da wird verlangt, daß alle durch höhere Gewalt verursachten Schäden, also auch solche durch Blitzschlag, von dem Mieter auf seine Kosten wieder beseitigt werden.

Es wäre wohl angebracht, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft sich darum kümmert, daß durch solche Bestimmungen die Mieter nicht ungebührlich erhöht werden; denn darauf, daß im Streitfall etwa die Gerichte solche Bestimmungen als „wider die guten Sitten verstößend und deshalb rechtsunwirksam“ erklären, ist nur wenig Verlaß. Dr. Bruno Borchardt.

99. u. 99a. Abt. Britz!

Am Sonntag, Fest der Arbeit! Abmarsch des dem 12. Juli: Festzuges um 14 Uhr von der Ideal-Siedlung. — Nachmittagsfeier im Waldchen. — Berliner Volkschor, Sprechchor der SAJ., politische Revue, 4 Orchester, Spielmannszüge, Sport, Spiele, Konzert, Schachwettbewerb. — Ausstellung: Das politische Plakat. — Schlußfeier in der Siedlung, am Mufelsen mit Hufeisenbeleuchtung. Parteivorsitzender Gen. Hans Vogel hält die Festrede. Festkarte 50 Pfg., Erwerbslose 25 Pfg., Kinder frei.

Erdschloß im Rheinland.

Kachen, 10. Juli.

In der Gegend von Düren, Eschweiler und Kachen hat am Freitagnachmittag eine Anzahl von Personen angeblich einen leichten Erdschloß verspürt, der von einem unterirdischen Rollen begleitet gewesen sein soll. Schäden sind nirgend zu verzeichnen. Die einwandfreie Feststellung, ob es sich tatsächlich um ein leichtes Erdbeben gehandelt hat, war bis jetzt nicht möglich, da die Kachener Wetterwarte keine Erdbebenmessinstrumente besitzt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind in der 65. Einblendstraße 2. stets an das Bezirkssekretariat 2, Hof 2, Tempelhof, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Sonnabend, 11. Juli:

- 14. Kreis, 2 1/2 Uhr Nachvorstellung im Mercedes-Palast. Film: „Das lebende Leben.“ Eintritt 10 Pf. Karten sind im Parteibüro, Fuldstraße 16/17, zu haben.
- 15. Abt. 2. Gruppe Jugendblätterverteilung ab 18 Uhr bei Godeschwager, Wallstr. 9, 9. Gruppe von 17—19 Uhr bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21.

Morgen, Sonntag, 12. Juli:

- 4. und 5. Kreis, 16 Uhr Sommerfest, Sozialen Friedlichshain. Eintritt 10 Pf. inkl. Tanz, Mitwirkung der aktiven Kleinfunktionäre, Spezialitäten und Kasperl-Theater. Die Billets sind nur von den Abteilungsleiterinnen und -leitern zu entnehmen.
- 12. Kreis, Die Mitglieder besuchen das Schwimmfest des 12. Kreises im Regie-Bad, Richterstraße 10, um 14 Uhr.
- 108. Abt. Wir beteiligen uns geschlossen an dem Werkfest der Wahllocher-Abteilungen in Gansow.
- 109. Abt. Wir beteiligen uns an dem Bad- und Werkfest der Wahllocher-Abteilungen auf der Wiese beim Restaurant Gansow. Treffpunkt zum gemeinsamen Abmarsch 14 Uhr Bahnhof Friedlichshain.
- 117. Abt. 13 Uhr Treffpunkt zum Waldfest und Demonstration nach Wahllocher am Bahnhof N.-Klimentenberg.
- 124. Abt. 13 1/2 Uhr treten wir alle geschlossen am Juppentempel, Bahnhof Wahllocher, zur Demonstration an. Freunde und Bekannte sind mitzubringen.

Bezirksausflug für Arbeiterwohlfahrt.

- 19. Kreis, Treffpunkt zur Besichtigung des Untersuchungsgefängnisses am Sonnabend, 2 Uhr, Pantow, Kirche.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Neukölln. Am Sonntag Teilnahme am „Fest der Arbeit“ in Volk. Alle Familien und Helfer sind am Treffpunkt um 10 Uhr, Hohenzollernplatz, Besprechung. Falkenflagge, Wimpel mitbringen. Beteiligung anderer Kreise erwünscht.

Gruppe Tempelhof: Wir beteiligen uns am Sonntag, 12. Juli, am „Fest der Arbeit“ in der Siedlung Witz. Treffpunkt 1 Uhr Essen. Gg. Pfefferstraße. Bringt 30 Pf. Jahrgeld mit.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 23. Abt. Unser langjähriger Genosse Karl Hoffmann, Kommerzienstraße 10, ist nach langem, schwerem Leiden am Sonnabend, 4. Juli, verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Einbiederung hat am Donnerstag stattgefunden.
- 77. Abt. Unser Genosse M. Pallas, Galtstr. 20, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Einbiederung am Montag, 13. Juli, Krematorium Wilmersdorf. Um rege Beteiligung wird gebeten.
- 126. Abt. Unser langjähriger Genosse Otto A. A. A. ist an den Folgen einer Operation verstorben. Ehre seinem Andenken. Einbiederung am Sonnabend, 11. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Sonnabend, 11. Juli:

- Wannseer Platz 1: Werbestellung, 17 1/2 und 19 1/2 Uhr Wannseer Platz, Normaluhr. — Galtplatz 11: Fahrt: Erkler-Citronier, 20 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — Juppentempel: Redebühne, 18 Uhr Juppentempel, Unter den Eichen 50 Pf. — Seefisches Tor: Ferienfahrt, 14 1/2 Uhr Stettiner Hauptbahnhof. — Rotbühne Tor: 17 1/2 Uhr Rotbühne Tor, anschließend Fahrt. — Rotbühne IX: Funktionärerhöhung, 19 1/2 Uhr, Heim. — Süden: 17 1/2 Uhr „Rote Ade“, Fahrtentnehmer ebendort. — Siemensplatz: Morgen 8 Uhr Bahnhof Wernowert. Besuch des Friedhofs Gahndorf zum Todestag der Gen. Tau und West, anschließend Fahrt.
- Werkzeug Mitte: Wanderausflug, 20 Uhr Schloß, Wf. Hauptmanns.
- Werkzeug Tempelhof: Fahrt nach Berlin, 17 und 20 Uhr Bahnhof Tempelhof, Unkosten 1,50 M.
- Werkzeug Neukölln: Sprechprobe 10 Uhr, Ranner Straße.
- Werkzeug Kreuzberg: Alle Gruppen beteiligen sich am Sommerfest der Arbeiterwohlfahrt, 18 Uhr Postamt-Schießplatz, Hohenheide. Musikinstrumente mitbringen.

Allgemeine Wetterlage.



Mit der Verfrachtung des Tiefs über Schweden hat sich das Wetter im ganzen Reich etwas beruhigt. Die Stürme in den Küstengebieten haben nachgelassen, und auch im Binnenlande war es am Freitag weniger unbeständig als am Donnerstag; nur in Norddeutschland kamen noch Schauer, teilweise Gewitter vor. Die Temperaturen stiegen vielfach wieder über 20 Grad empor. Da sich das schwedische Tief weiter verlagert und jetzt auch etwas rascher nach Nordosten abzuwandern beginnt, wird sein Einfluß geringer werden. Trotzdem wird eine Störungslinie, die Freitagabend am Kanal lag, sich mindestens in zeitweise stärkerer Bewölkung bemerkbar machen.

Wetterausichten für Berlin. Noch vielfach wolkig und strichweise Schauer, mäßig warm bei südwestlichen Winden. — Für Deutschland. Im Küstengebiet weitere Beruhigung des Wetters, vielfach noch leichte Schauer; im übrigen Deutschland mäßig warm und nur vereinzelt leichter Niederschlag; im Süden vielfach heiter.

Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Hoffort für die Haut!

DAS GROSSE RUNDE SCHNEEWEISSE SEIFENSTÜCK NUR NOCH 65g

Die Flut der Arbeitslosigkeit.

In Berlin bereits wieder Zunahme der Arbeitsuchenden.

Während im Reich den ganzen Juni über eine zwar schleppende, aber doch immerhin noch fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes mit einem Abgang von 91000 Erwerbslosen festzustellen war, geht die Entwicklung in Berlin in entgegengesetzter Richtung.

Bereits in der ersten Junihälfte hatte die Reichshauptstadt einen Zugang von 11000 neuen Erwerbslosen zu verzeichnen und noch dem sehr vorliegenden Bericht für die zweite Monatshälfte ist bis zum 30. Juni der Anstieg zu den Berliner Arbeitsämtern um weitere 10129 Erwerbslose gestiegen. Damit hat in der Hochsaison des Jahres die Arbeitslosigkeit in Berlin den geradezu verheerenden Stand von 437236 Arbeitsuchenden erreicht. Dementsprechend ungünstig war daher auch die Gesamtwirkung im Bereiche des Landesamtes Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Greymark). Die bessere Lage bei einzelnen Arbeitsämtern brachte einen Ausgleich mit der Verschlechterung in Berlin nicht zustande, so daß sich im Gesamtbezirk des Landesamtes die Zahl der Arbeitsuchenden um 5194 auf insgesamt 602187 Personen erhöhte.

Bemerkenswert ist die Begründung, die der Bericht des Landesamtes für die Zuspitzung der Lage gibt. Danach wirkten sich die finanziellen Wirren der vergangenen Wochen in einer Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise aus. Außerdem weist der Bericht auf eine weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt der Metallarbeiter infolge der neuen Konzentration im Lokomotivbau hin. Wir haben mehrfach im „Vorwärts“ auf die Stilllegungsabsichten des Siemens- und AEG-Konzerns, bei Raffei-Schwarzkopff in Wilmow und bei Bergmann hingewiesen und es wäre sehr nach der neuen Warnung des Landesamtes höchste Zeit, daß sich die Verwaltungen der beiden Elektrokonzerne darüber äußern, ob sie sich in der Tat mit der Aussicht tragen, die Wilmow und Reinickendorf-Rosenthaler Belegschaften als Opfer ihrer Konzentrationspolitik auf die Straße zu setzen.

Reichsbahn beschafft Arbeit.

50 000 Zeitarbeiter neu eingestellt.

Die Reichsbahn hat auf Grund des mit der Regierung vereinbarten Arbeitsbeschaffungsprogramms seit dem letzten Montag rund 50 000 Zeitarbeiter neu eingestellt. Die auf die Dauer von fünf Monaten, und zwar 40 Stunden in der Woche, mit Erneuerung des Gleisoberbaues beschäftigt und nach Ablauf dieses Zeitraumes wieder entlassen werden.

Ursprünglich waren für dieses Arbeitsprogramm 200 Millionen Mark in Aussicht genommen worden, für welche Summe 60 000 Arbeiter eingestellt und umfangreiche Materiallieferungen ausgeführt werden sollten. Da aber nur die Hälfte dieses Betrages, nämlich 100 Millionen Mark aufgebracht wurde, hat sich die Zahl der einzustellenden Arbeiter auf 50 000 verringert, während der Hauptanteil des Ausfalles auf Kosten der Materiallieferungen geht. Die neu eingestellten Arbeiter werden insgesamt annähernd 2000 Kilometer Gleisoberbau zu erneuern bzw. auszubessern haben, und zwar sind an diesen Arbeiten alle Reichsbahndirektionsbezirke ungefähr gleichmäßig beteiligt.

Mussolini hatte um den Brief gebeten!

Zur Vorgeschichte des Schreibens Brüning's.

Der Brief des Reichszuglers an Mussolini, den wir dieser Tage wegen seines Inhaltes kritisierten, hat eine merkwürdige Vorgeschichte.

Wie der „Sozialdemokratische Presseklub“ aus diplomatischen Kreisen erzählt, hat

Mussolini um diesen Brief dringend gebeten.

Er beruht nicht auf die Initiative der Reichsregierung, sondern wurde auf ausdrückliches Ersuchen der italienischen Regierung geschrieben. Der italienische Botschafter in Berlin hat dieses Ersuchen übermittelt und hinzugefügt, daß Mussolini angesichts der Dankeserklärungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung an den amerikanischen Staatspräsidenten ebenfalls eine entsprechende Erklärung wünsche und dafür außerordentlich dankbar sein würde. Der Ruhm Hoovers hat Herrn Mussolini nicht schlafen lassen. So wurde er zu seinem eigenen Rufschrei und die Reichsregierung tat, was sie nicht zu tun brauchte, sie schrieb einen Brief, dessen Inhalt nicht nur innerhalb der Sozialdemokratie, sondern auch im Zentrumslager kritisiert worden ist.

Warum diese bestellte Arbeit und warum die Kritik auch im Zentrumslager? Nun, weil der Brief mit seinem überflüssigen und überschwenglichen Lob ausgerechnet in jenem Augenblick geschrieben wurde, in dem zwischen Mussolini und dem Vatikan ein erbitterter Kampf tobt. Das erklärt schließlich auch, warum Mussolini den von dem katholischen Reichszugler unterzeichneten Brief dringend benötigte.

Tragödie eines Südtiroler Führers.

Innsbruck, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Auf österreichischem Boden in der Nähe des 3050 Meter hohen Hochjoch (Dehaller Alpen) wurde die Leiche des Meraner Rechtsanwaltes Dr. Ludwiger gefunden. Ludwiger war ein Führer des Deutschtums in Südtirol, nachdem er früher als Abgeordneter dem Wiener Nationalrat und dem Tiroler Landtag angehört hatte. Durch die angeordnete Einführung der italienischen Sprache als ausschließliche Gerichtssprache in dem rein deutschen Südtirol wurde ihm wie in den meisten seiner eingelebten Kollegen die Ausübung des Anwaltsberufes praktisch unmöglich gemacht. Trotzdem verweigerte ihm die faschistische Regierung die Ausreisepatente. Um dem völligen Ruin zu entgehen, flüchtete er heimlich über das Hochjoch, doch war sein Herz den Anstrengungen dieser Flucht nicht gewachsen und er starb kurz nach Ueberschreitung der Grenze auf österreichischem Boden an Herzschlag. Ludwiger wurde das Opfer des Regimes Mussolini, für das sich die Nationalsozialisten begeistern und dem der deutsche Reichszugler erst dieser Tage seine Reverenz erwiesen hat.

H. Shipstead, Senator von Minnesota, der einzige Vertreter der Farmer im amerikanischen Senat, ist zu einem Besuche in Berlin eingetroffen. Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände und die Vereinigung Carl Schurz veranstalteten aus diesem Anlaß ein Frühstück im Haus der Deutschen Presse, an dem u. a. der amerikanische Botschafter Sackett und der Generalkonsul Wessermith, von deutscher Seite u. a. Generalkonsul von Lewinski, Reichsgerichtsrat a. D. Dr. Simons teilnahmen. Shipstead stellt seit Jahren im amerikanischen Senat den Antrag, die Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, die die moralische Basis der ungeheuerlichen „Reparations“ darstellt, durch eine unparteiische Sachverständigenkommission nachprüfen zu lassen.

Schloß Pleitegeierhorst.



Nordwolle-Lahusen, Schloßherr auf Hohhorst: „Nun habe ich zwölf Barmorbadezimmer eingebaut, und dieses Dieb verdreht mir die ganze Fassade!“

Stahlhelm proklamiert.

Worte dröhnen — Begriffe fehlen.

Wenn alle anderen Gewerbe daneberliegen, dann blüht in Deutschland stets ein Berufsweig auf: die Fabrikation von Wortsalaten. In ihr führend zu bleiben, ist der Ehrgeiz der Firma Selbste und Düsterberg.

Liest man den neuen Aufruf, den sie im Namen des Stahlhelms erlassen hat, dann fragt man mit Entsetzen nach dem politischen Bildungszustand der Volksschichten, denen man einen so gehäuften Unsin zu muten kann.

Da wird zunächst auseinandergesetzt, daß die Hoover-Aktion ihren Zweck nicht erreicht habe, weil — nicht etwa weil infolge des Versagens der kapitalistischen Wirtschaftsführung die Krise schon zu weit fortgeschritten ist, sondern weil die im Banne der deutsch-französischen Verständigungspolitik stehenden deutschen Nachhaber den „Grundgedanken des amerikanischen Präzidenten“ nicht ausgeführt hätten.

Als ob Herr Hoover etwa darauf ausgegangen wäre, gemeinsam mit einer deutschen Stahlhelmregierung Einkreisungspolitik gegen Frankreich zu spielen!

Im nächsten Absatz wird gegen die „Fronvögte des internationalen Kapitals“ getobt — eine sehr marxistische Wendung! — um gleich darauf die „marxistische“ Sozialdemokratie zu beschuldigen, sie bereite diesen „Fronvögten des internationalen Kapitalismus“ den Weg.

Der „Marxismus“, so wird im dritten Absatz expliziert sei „in seiner pazifistischen Knechtseligkeit ein erbitterter Feind jedes nationalen Freiheitswillens“. Und der vierte Absatz setzt dem Ganzen die Krone auf, indem er versichert, „die Verelendung des deutschen Volkes hätte vermieden werden können, wenn er vor zwei Jahren dem Rufe der nationalen Opposition zum Kampfe gegen den Young-Plan behalften und hätten herrlich und in Freuden gelebt...“

Im übrigen: Kampf gegen den Marxismus? Ist Herr Lahusen etwa Marxist?

Der Stahlhelmaufruf ist ein Wortgedröhn ohne Sinn. Darauf beruht wohl auch die Wirkung, die er auf den gedankenlosesten Teil des deutschen Volkes ausüben wird.

Alfred, wo bist du?

Goebbels verdeckt Hugenberg.

Die offizielle Meldung über die Hugenberg-Hitler-Konferenz in Berlin begann folgendermaßen:

„Gestern, Donnerstag, den 9. Juli, fand in Berlin in Anwesenheit von Dr. Hugenberg und Adolf Hitler eine Tagung der Vertreter der nationalen Opposition statt. Der „Angriff“ des Herrn Goebbels, obwohl auch zur „nationalen

Opposition“ gehörend, bringt diesen Wortlaut nicht, sondern druckt eine eigene Notiz ab, die lautet:

Die Führer der nationalen Opposition, darunter Adolf Hitler, Hg. Dr. Fricke und Hg. Hptm. Göring, versammelten sich gestern in Berlin. Es wurden eine Reihe weittragender, grundsätzlicher Beschlüsse gefaßt, die im Kampf um den Volksentscheid und darüber hinaus für die zu erwartenden politischen Auseinandersetzungen im Herbst und Winter richtungweisend sein werden.

Zunächst staunt man, weil unter den Namen der Führer der des Herrn Goebbels selber fehlt. Nun weiß zwar die Welt, daß die ausgeprägtesten Eigenschaften des Herrn Goebbels persönliche Bescheidenheit und Abneigung gegen alle Selbsttreflame sind. Doch dies allein dürfte den „Angriff“ kaum veranlaßt haben, den Namen seines Leiters fortzulassen, falls er dabei gewesen sein sollte. Weit auffälliger aber ist, daß im „Angriff“ der Name des deutsch-nationalen Führers Hugenberg fehlt, der doch ganz bestimmt dabei war. Unschön ist es Herrn Goebbels unheimlich, die enge Verbindung einer „sozialen Arbeiterpartei“ mit dem deutsch-nationalen Großindustriellen und Konzerngewaltigen offen vor seinen Anhängern einzusehen. Es gibt vielleicht unter den SA-Leuten mit zerissenen Schuhen noch einige, die nicht erfahren dürfen, daß ihre Tätigkeit von dem Kapitalisten Hugenberg dirigiert wird, wie sie auch den Namen Lahusen nicht erfahren dürfen. Sollte das nicht am Ende auch der Grund der Bescheidenheit sein, mit der Herr Goebbels in diesem Falle darauf verzichtet, selber unter den Führern der nationalen Bewegung genannt zu werden?!

Schärfere Maßnahmen in Bayern.

Uniform- und Umzugsverbot für das ganze Land.

München, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Der bayerische Innenminister hat nunmehr mit Zustimmung des Ministerrats für ganz Bayern einschließlich der Pfalz ein allgemeines Umzugsverbot und ein allgemeines Uniformverbot erlassen. In das Verbot eingeschlossen sind alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Umzüge und Propagandasfahrten. Das Verbot des Tragens einheitlicher Kleidung gilt für alle politischen Vereinigungen und selbstverständlich auch für Einzelpersonen. Dagegen ist das Tragen politischer Abzeichen in der Form von sogenannten Bundesmodellen in der bisher üblichen Weise gestattet, verboten sind aber Armbinden und dergleichen.

Die Anordnung, die sich auf den Artikel 123 der Reichsverfassung und auf den § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März stützt, tritt sofort in Kraft. Sie ist zunächst befristet bis 30. September d. J. Die Verfassungsfeier am 11. August fallen nicht unter die Anordnung. Ihre Durchführung wird durch eine besondere Verfügung geregelt.

Schlusstagung des Preussischen Landtags

Wiedereinberufung am 13. Oktober.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Landtagssitzung wird unter Ablehnung weitergehender Anträge ein Auswahlantrag angenommen, der zur Entlastung leistungsschwacher Schulverbände mit Wirkung vom 1. Juli 1931 das Beschulungsgeld auf 3,35 Mark und den Schulstellenbeitrag auf 314 Mark festsetzen will. In der Debatte darüber erlucht Finanzminister Dr. Höpfer-Uchhoff den Antrag abzulehnen, während sich Hg. Sillat (Soz.) für den Hauptauswahlantrag einsetzt.

In der Aussprache über die Anträge des Hauptauswahlschusses, die Mittel zur Hilfeleistung für Unwetterchäden in den verschiedensten Gebieten bereitzustellen wollen, sehr sich Hg. Schröder-Osterode (Soz.) besonders für den durch Unwetter verwüsteten Bezirk Hann.-Münden ein. — Die Auswahlanträge werden angenommen.

Ebenso wird ein Antrag des Beamtenauswahlschusses angenommen, der Ablehnung des Hauptauswahlschusses fordert, die Altersgrenze der Richter von 65. auf das 68. Lebensjahr heraufzusetzen.

Enblich wird noch ein Antrag des Rechtsauswahlschusses angenommen, der Einwirkung auf das Reich verlangt, die Wiederaufnahmebedingungen eines Strafverfahrens dahin abzuändern, daß die Nachprüfung eines angegriffenen Urteils nicht durch diejenigen Richter erfolgen darf, die das Urteil gefällt haben.

Hierauf verlegt Vizepräsident Baumhoff mit den besten Wünschen für gute Ferien den Landtag auf den 13. Oktober, 1 Uhr. Die Festsetzung der Tagesordnung erfolgt durch den Präsidenten.

Die Streikwelle in Spanien. In Barcelona ist der Generalstreik der Telegraphen- und Telephonarbeiter und -angestellten ausgebrochen. Das Haupttelegraphenamt wird von Gendarmerie bewacht. In Madrid sind alle strategisch wichtigen Punkte der Stadt militärisch besetzt worden, weil man dort gleichfalls mit dem Streik der Telegraphen- und Telephonpersonals und mit Unruhen rechnet.

Der Mädchenmord im Grunewald.

Der Stiefvater verschwunden.

Im Verlaufe der weiteren Ermittlungen wurde seitens der Mordkommission festgestellt, daß die Gerda Kallisch am gestrigen Abend etwa gegen 19 Uhr mit ihrem Stiefvater einen Landausflug unternommen hat. Der Stiefvater ist bis jetzt noch nicht in seine Wohnung zurückgekehrt.

Da die Mordkommission seiner Auslagen zur weiteren Klärung dringend bedarf, schanet sie zur Zeit nach ihm. Der Mann ist über mittelgroß und war bekleidet mit einer schottisch-karierten Mütze, einem karierten Jackett, blauem Pullover, Manchesterhose und Fahrradstiefel.

(Siehe auch erste Seite)

Die sozialen Baubetriebe.

Auf der Bauausstellung.

Die breite Offenheit und weite Teile der Anhänger der modernen Arbeiterbewegung sind kaum genügend von der ausgezeichneten Entwicklung der deutschen Bauhüttenbewegung unterrichtet. In stiller und emsiger Arbeit hat sich mitten in der privatkapitalistischen Wirtschaft

ein Zweig sozialistischer Gemeinwirtschaft

entwickelt, auf den wir gerade in der Zeit politischer und sozialer Rückschläge stolz sein können. Die sozialen Baubetriebe sind uns ein Beweis, daß die Idee der Gemeinwirtschaft lebt, daß verheißungsvolle Ansätze zum Sozialismus vorhanden sind.

Wie gut sich die Bauhüttenbewegung entwickelt hat, davon bekommen wir einen Begriff bei einem Besuch der Abteilung „Die freien Gewerkschaften und ihre Betriebe“ in der Deutschen Bau-Ausstellung in Berlin. Der Verband sozialer Baubetriebe wurde am 16. September 1920, also in einer wirtschaftlich schweren Zeit gegründet. Die freien Gewerkschaften, die die Gründung vollzogen, besaßen den Mut dazu, weil sie wußten, daß ihnen und ihrer wirtschaftlichen Auffassung die Zukunft gehört. So sind in vielen Orten und Bezirken soziale Baubetriebe entstanden, die heute nicht mehr aus der Bauwirtschaft fortzudenken sind.

Die Aufgabe des Verbandes sozialer Baubetriebe ist: Die Gründung und Förderung sozialer Baubetriebe sowie deren Vertretung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, Behörden und wirtschaftlichen Organisationen. Die sozialen Baubetriebe pflegen die wirtschaftliche Betriebsführung, Erprobung und Verwirklichung der Baumeisen und Arbeitsmethoden, zugleich fördern sie planmäßig die Ausbildung der beruflichen Fähigkeiten ihrer Angestellten und Arbeiter. Die sozialen Baubetriebe versuchen,

der Arbeit und Produktion neuen Geist einzuhauchen.

Natürlich können sie mitten in der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht schon heute nur nach sozialistischen Grundsätzen arbeiten, aber sie sind die natürlichen Erben einer Wirtschaftsordnung, die keine Existenzberechtigung mehr hat. Der Privatunternehmer kennt nur ein Ziel: Den Profit! Die Bauhütten aber wissen, daß es im menschlichen Leben und in der täglichen Arbeit noch andere Dinge

gibt, die erstrebenswert sind. So können die Bauhütten in ihrer Ausstellung heute schon feststellen: Die Bauhütten sprengen die Unternehmerringe mit ihren nur privaten Interessen. Groß und machtvoll steht in der Ausstellung zu lesen: Die Bauhütten sprengen die Unternehmerringe, weil die sozialen Baubetriebe keine persönlichen und privaten Interessen verfolgen. Sie sind auf das allgemeine Wohl bedacht! Stolz und selbstbewußt heißt es in der Ausstellung:

„Die deutschen Bauhütten sind Wirtschaftsbetriebe der freien Gewerkschaften. Ihre Aufgabe ist Verbilligung des Bauens, Bekämpfung der Wohnungsnot, Hebung der Wohnungskultur.“

Dieser Zweig der Gemeinwirtschaft wird sich machtvoll entwickeln, wenn wir die Krise von heute überwunden haben. In Deutschland gibt es heute schon 130 Betriebe, die dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossen sind. Im Jahre 1923 beschäftigten die Betriebe durchschnittlich 12 000 Menschen, die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 20 000, der Umsatz etwa 40 Millionen Mark. Im Jahre 1929 beschäftigten die Betriebe durchschnittlich 18 500 Menschen, die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 29 300 und der Umsatz schon 137 Millionen Mark.

Wogibt es in Deutschland noch einen ähnlichen Baubetrieb mit derartigem Umfang? Dabei sieht die Bauhüttenbewegung noch in ihren Anfängen! Sie wird bald zu einem gewaltigen Faktor in der deutschen Wirtschaft werden. Ihre Gesamtproduktion erreichte

schon jetzt über 100 000 Wohnungen

— das entspricht — wie die Ausstellung graphisch darstellt — einem Zehntel der Weltstadt Berlin. Ueber 20 Millionen Kubikmeter umbauten Raum haben die Bauhütten in dem Jahrzehnt ihres Bestehens geschaffen. Es ist ein gewaltiges Werk, das sich in der deutschen Bauhüttenbewegung entwickelt hat. Das gerade in dieser trüben Zeit zu erkennen, gibt neuen Auftrieb und Ansporn für die gemeinsame Sache einzutreten, sie zu verteidigen und für sie zu arbeiten!

Sache der Organisationen und Gewerkschaften an den einzelnen Orten muß es sein, ihre Betriebe auf allen Gebieten tatkräftig zu unterstützen.

Ausflug der Fabrikarbeiter-Tagung.

August Brey tritt in den Ruhestand.

München, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Am Freitag ging der Münchener Verbandstag der Fabrikarbeiter nach sechstägiger Dauer im Zeichen großer Einmütigkeit und Kampfschloffenheit zu Ende. Der letzte Tag brachte noch zwei Vorträge: einen von dem Verbandsvorsitzenden Thiemig über den bevorstehenden Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. und einen von Frau Zimmerl über

die Agitation unter den Frauen.

Thiemig betonte, der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. werde eingehend zur deutschen Wirtschaftspolitik Stellung nehmen. — Unter den zahlreichen, meist mit erdrückender Mehrheit gefassten Beschlüssen verdient besondere Erwähnung der zur Arbeitslosenunterstützung des Verbandes. Die Bezugszeit der Unterstützung wurde teilweise erweitert. Der Verband hat über 15 000 Invaliden zu unterstützen, mit monatlich über 160 000 Mark. Durch Beschluß wurden die bisherigen Bezüge gesichert.

Zum Schluß nahm der Verbandstag Abschied von seinem Führer August Brey. Brey mußte infolge seines Alters und seiner geschwächten Gesundheit zurücktreten. Er hat den Verband vor 41 Jahren gegründet und ist seit dieser Zeit sein zielbewußter und erfolgreicher Vorsitzender gewesen. Mit bewegten Worten legte der alte Kämpfer sein Amt nieder; er appellierte an die Jugend, auszuhalten in dem schweren Kampf.

Emil Garbig trat ebenfalls infolge seines Alters in den Ruhestand. Er war vom Tage der Gründung des Glasarbeiter-Verbandes bis zum Jahre 1926 nach erfolgter Verschmelzung dessen Vorsitzender und zuletzt Sachberater im Keramischen Bund. Auch Garbig richtete einen

Appell an die jungen Kampfgefährten.

In herzlichen Worten bekundete der Verbandstag den treuen Kampfgefährten seine große Liebe und Anhänglichkeit. Ein Vertreter der Internationale tat das gleiche für die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände. Ein Glasarbeiter aus dem schlesischen Glashüttengebiet von Glas überbrachte den scheidenden Führer zwei kunstvoll gefälligte Kristallpokale zum Andenken.

Breys Platz wurde nicht mehr besetzt. Thiemig und Karl Meiden weiterhin Vorsitzende. Ihnen wurde als Sekretär Beider (Heilbronn) beigegeben. Im übrigen wurde die gesamte Vorstandschaft mit allen gegen eine Stimme wiedergewählt. Der nächste Verbandstag wird 1934 in Breslau abgehalten.

Gute Betriebsrätewahl!

Bei der Preussischen Wasserbauverwaltung.

Die Betriebsrätewahlen bei der Preussischen Wasserbauverwaltung brachten den freien Gewerkschaften einen vollen Erfolg. Von 2624 gültigen Arbeiterstimmen entsielen auf die Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften 2216 oder 84,5 Proz., auf die Liste der Christen 408 oder 15,5 Proz. Von den 280 gültigen Angestelltenstimmen wurden für die freigewerkschaftliche Liste 191 oder 68,2 Proz. und für die Christen 89 oder 31,8 Proz. abgegeben. Sämtliche 5 Arbeiterräte und die beiden Angestelltenräte des Hauptbetriebsrats sollen den freien Gewerkschaften zu.

Die „revolutionären“ kommunistischen Kandidaten hatten nicht den Mut, auch nur bei einer der mehr als 100 zählenden Dienststellen eine besondere Vorschlagsliste für den örtlichen Betriebsrat einzulegen.

Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau

Essen, 10. Juli.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen aus 216 von 412 Stimmbezirken erhielten bei den Wahlen zur Arbeitskammer für den Ruhrbergbau die einzelnen Parteien folgende Stimmen: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands 35 083, Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands 30 286, Kommunisten 20 161 und Selbst 7514.

In Hannover herrscht Ordnung.

Die Gegner der freien Gewerkschaften abgefallen.

Bei den Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie des Bezirkes Hannover erlitten, wie aus dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis hervorgeht, die Gewerkschaftsfeinde eine vernichtende Niederlage. Die freien Gewerkschaften erhielten 59 Mandate, die Christen 13, die KPD 15, die Selbst 7 und die Nazis 4 Mandate.

Das Wahlergebnis beweist, daß alle Parolen der Kommunisten, alle Verdächtigungen der Nazis und alle finanziellen Unterstützungen der Selbst durch die Unternehmer die Position der freien Gewerkschaften nicht brechen konnten.

Angestellte und Zechenverband.

Verhandlungen ergebnislos. — Der Schlichter angerufen.

Essen, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Die Parteiverhandlungen im Gehalts- und Ranteltarifstreit der technischen Angestellten des Ruhrbergbaues am Freitag in Essen verliefen ergebnislos. Die Schlichtungsverhandlungen wurden auf den 17. Juli anberaumt.

Die Unternehmer zeigten sich vollkommen starrköpfig. Sie bestanden auf ihre Forderungen zur Selbstkostensenkung und lehnten alle Wünsche der Angestellten auf Verbesserung des Rahmentariffs ab. Die Zutab-Berichter betonten, daß infolge des Januar-Abbaues und der Prämienförmigkeit die Gehälter im Ruhrbergbau sich auf der gleichen Höhe bewegen wie in anderen Industrien und unter diesen Umständen eine Verlängerung der Tarife hätte erwartet werden können. Praktisch sei jetzt bereits ein Gehaltsabbau von 16 Proz. vollzogen.

Die Unternehmer wollen den Angestellten durch Forderungen im Ranteltarif zum Stundenlöhner herabdrücken; auf nichts anderes läuft ihre Forderung nach automatischer Gehaltsänderung bei Arbeitszeitverkürzung hinaus.

Erhöhung der Pfändungsgrenze!

Berücksichtigung der Lohn- und Gehaltsförmungen.

Die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben es mit sich gebracht, daß die Zahl der Pfändungen in stetigem Steigen begriffen sind. Besonders betroffen werden natürlich die Arbeitnehmer, deren Löhne und Gehälter in einer Weise abgebaut worden sind, teilweise trotz Tarifvertrag durch die Notverordnung, wie es nicht voraussehen war. Das hat jedoch verschiedene Unternehmerverbände keineswegs gehindert, gerade jetzt vom Reichsjustizministerium zu verlangen, den pfändungsfreien Betrag von der Lohn- oder Gehaltssumme niedriger anzusetzen. Die bisherige Verordnung über die Höhe des pfändungsfreien Betrages für Lohn- und Gehaltsempfänger läuft im Dezember dieses Jahres ab.

Pfändungsfrei sind zur Zeit für den Ledigen 195 Mark monatlich und von dem darüber hinausgehenden Betrag ein Drittel; für die Verheirateten oder Sorgverpflichteten ebenfalls 195 Mark, jedoch für jeden zu unterhaltenden Angehörigen außer dem Drittel des überschüssigen Betrages noch ein weiteres Sechstel, zusammen nicht mehr als zwei Drittel des Gesamtbetrages.

In dieser Sache wurde bereits mit Vertretern des Handels, Gewerbes und der Berufe verhandelt.

Während die Unternehmer eine Herabsetzung der Pfändungsgrenze fordern, haben die freien Gewerkschaften ihre Herabsetzung beantragt. Daß durch die unvorhergesehenen starken Lohn- und Gehaltsförmungen Zahlungsstockungen eintreten würden, war unschwer voraussehen. Viele Arbeiter und Angestellte haben Waren auf Abzahlung gekauft und können nunmehr schwer oder überhaupt nicht mehr ihren eingegangenen Verpflichtungen nachkommen, die sie auf Grund ihres ungelösten Einkommens übernommen haben und erfüllen konnten. Ganz zu schweigen von all denjenigen, die im Hinblick auf ihr Einkommen Neubauwohnungen gemietet haben und nun nicht ein noch aus wissen. Die täglichen Ermittlungen sprechen die deutlichste Sprache.

Eine Herabsetzung der Pfändungsgrenze würde weiter nichts bedeuten, als daß die Zahl der Pfändungen ins Unermeßliche wächst, daß auf Jahre hinaus heute vielleicht noch Kaufkräftige infolge der

Pfändungen nicht mehr imstande sind, auch nur die geringste notwendige Anschaffung zu machen. Statt einer Belebung des Inlandsmarktes käme das einer völligen Abdröpfung gleich, die für Handel und Gewerbe sicherlich nicht förderlich ist.

Die Herabsetzung der Pfändungsgrenze bedeutete eine weitere Schwächung der Kaufkraft der Konsumenten. Welt notwendiger wäre, durch einen gesetzgeberischen Akt die Verpflichtungen der unverschuldet in Verzug geratenen Schuldner auf eine erträgliche Rückzahlung zu bringen, die gesetzliche Grundlage für die Abzahlung entsprechend zu ändern.

Es wäre geradezu ein Verbrechen an den durch Lohn- und Gehaltsabbau betroffenen Arbeitnehmerexistenzen, einschließlich der unteren Beamten, jetzt noch obendrein die Pfändungsgrenze zu verkürzen, anstatt sie weiter auszudehnen.

Müssen Schwerbeschädigte aussetzen?

Mit der Frage, ob der Unternehmer berechtigt ist, ohne die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle Schwertriebsbeschädigte mit der Arbeit aussetzen zu lassen, hat sich kürzlich das Reichsarbeitsgericht zu befassen.

Die Kläger waren bei der Firma Sensch in Berlin beschäftigt. Im März 1930 hat die Beklagte die Kläger zweimal je einen Tag mit der Arbeit aussetzen lassen. Die Kläger halten das für unrechtmäßig, weil es der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle bedürftig habe und diese nicht eingeholt sei, und weil ferner die Beklagte an den beiden Tagen die Kurzarbeit gar nicht allgemein durchgeführt, sondern nur die Kläger wegen ihrer geringeren Leistungsfähigkeit habe aussetzen lassen.

Die Kläger verlangen Nachzahlung des Lohnes für die beiden Tage. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat der Klage stattgegeben. Die Beklagte habe ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle die Kläger nicht kurzarbeiten lassen dürfen. Auch eine Arbeitsaussetzung tam für die beiden Schwerbeschädigten nicht in Frage.

Gegen dieses Urteil hat die beklagte Firma Revision eingelegt. Das Reichsarbeitsgericht schloß sich der Urteilsbegründung der vorinstanzlichen Entscheidung an, hob aber die Sache betr. Feststellung des Lohnes auf, so daß sich das Landesarbeitsgericht nochmals mit diesem Rechtsstreit beschäftigen wird.

Deutsche Eisenbahner für Rußland gesucht.

Weshalb gehen die RSD-Leute nicht hin?

Bei den guten Verbindungen der kommunistischen Betriebsräte bei der Reichsbahn und ihrem RSD-Anhang mit der Berliner Rostauffläge müßte es eine Kleinigkeit sein, so viele RSD-Eisenbahner, wie in Sowjetrußland gesucht werden, dorthin zu dirigieren, direkt ins Arbeiterparadies. Wertwürdig berührt es daher die Eisenbahner, daß die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer es ist, und mit ihr andere nichtkommunistische Eisenbahnerorganisationen, die sich zur Vermittlung von Facharbeitern und Spezialisten, wie Lokomotivführer, Lokomotivschlosser, Facharbeiter für Werkstättenwesen, Bahnunterhaltungsarbeiter und Spezialisten im Fernmelde- und Sicherungswesen, bereit erklären. Solche Kräfte sollen hauptsächlich zur Ausrüstung des russischen Eisenbahnpersonals Verwendung finden.

Nach den Anschlägen der genannten Gewerkschaft auf den Dienststellen sollen die anzuwerbenden deutschen Eisenbahner sich auf drei Jahre verpflichten. Erfüllt der Arbeitnehmer die ihm durch den Vertrag auferlegten Verpflichtungen nicht, so kann der Arbeitgeber (die russische Regierung) den Vertrag mit zweiwöchiger Frist aufheben, wobei weder Abgangsschädigung noch Rückreisefosten gezahlt werden. Für die deutschen Eisenbahner sollen besondere Spezialhäuser zu ihrer Unterbringung bereitgestellt sein. Die Verpflegung soll in Gemeinschaftsläden erfolgen.

Den Eisenbahnern, die Lust haben, dem russischen Angebot zu folgen — dem Einheitsverband der Eisenbahner ist es nicht gemeldet worden —, wäre zu empfehlen, erst abzumachen, was die „revolutionären“ Eisenbahner und ihre Betriebsräte tun. Gehen sie mit gutem Beispiel voran und machen gute Erfahrungen, dann könnten sie es sich immer noch überlegen, ob sie ebenfalls in russische Dienste treten wollen. Erst aber die RSD-Eisenbahner an die russische Front.

„Streikwelle“ in Spanien.

Was ist Regung und was ist Mache?

Aus den Erfahrungen der ersten Nachkriegszeit in Deutschland kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie es in Spanien nach der Überwindung der Diktatur-Monarchie, der Einführung der Republik, zugehen mag. Lange Zeit unterdrückte Arbeiterschichten haben zweifellos den Drang, ihre Arbeitsverhältnisse jetzt besser zu gestalten, obgleich nicht mit einem Schlag nachgeholt werden kann, was in vielen Jahren unerreichbar war. Hinzu kommt, daß die Feinde der jungen Republik nichts unversucht lassen, dem neuen Regime alle erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten. Auch die Weltrevolutionäre sind mit am Werk, die Arbeiterschaft zu entzweien, um sie zu beherrichen zu können.

Die Streikberichte aus Spanien, die für das Ausland bestimmt sind, müssen nach allem mit einiger Vorsicht aufgenommen werden.

Von der „Streikwelle in Spanien“ berichtet die T. L. aus Madrid, daß der Streik der Fernsprecharbeiter eine weitere Verschärfung erfahren habe. Die Syndikalistischen drohen für Montag mit der Ausrufung des Generalkriegs sämtlicher Syndikate Spaniens, falls die Forderungen der Fernsprecharbeiter nicht bewilligt werden. Am Freitag seien die Arbeiter der mit der Telefongesellschaft verbundenen Materialfabrik Standard in den Sympathiestreik getreten. In syndikalistischen Versammlungen in Madrid forderten die Redner zum Kampf gegen den amerikanischen Kapitalismus auf.

Aus Bilbao wird berichtet, daß die streikenden Industriearbeiter gedroht hätten, sämtliche Hochöfen auszublasen. Der erste Hochofen sei bereits gelöscht worden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Fahrt nach dem Hagensee. Treffen am 18. Uhr, Eingang Steintor-Verkehrshof.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spieler in Berlin ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Humboldtplatz und im Schillerpark.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Kallmeyer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ertmer; Revisionen: Dr. John Schützmann; Lokales und Sonstiges: Fritz Rothfuß; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Prud. Vertriebs-Buchdruckerei „ab Verlagsanstalt“ Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Bldg. 2, 2. Etage.

Waldbrand verhütet den Raucherkatarrh, reinigt den Atem